

Die Linke

Kommunalwahlprogramm zur Wahl am 14.09.2025

Die Linke

Kreisverband
Hagen (Westf.)

**Mit euch
für
Hagen**





Die Linke

Inhalt

Mit euch für Hagen	Seite 4
Armut bekämpfen	Seite 4
Hagen braucht mehr Demokratie zum Mitmachen	Seite 6
Kinder- und Jugendpolitik	Seite 8
Kommunale Gesundheitspolitik in der Krise?	Seite 9
Für einen humane Selbstbestimmung pflegebedürftiger Menschen, sowie Senior*innen	Seite 11
Für ein wertschätzendes und friedliches Miteinander gegen Militarismus	Seite 12
Geschlechtergerechtigkeit schaffen strukturell, solidarisch, systemkritisch	Seite 14
Selbstbestimmung und Teilhabe – für eine inklusive Gesellschaft	Seite 16
Hagen braucht mehr Mitbestimmung und demokratische Beteiligung!	Seite 19
Hagen ist multikulturell	Seite 20
Zuwanderung, Menschenrechte und Solidarität	Seite 21
Antifaschismus	Seite 22
Mobilität für alle – vernetzt, emissionsarm, barrierefrei, unentgeltlich	Seite 24
Klimaschutz, Energiewirtschaft, Agrarpolitik, Umwelt und Tierschutz	Seite 28
Wirtschaft und Arbeit	Seite 33
Chancen der Digitalisierung nutzen – Datensouveränität gewährleisten	Seite 34
Eine andere Haushaltspolitik ist durchaus möglich!	Seite 36
Kultur ist Leben in der Stadt	Seite 37

Mit euch für Hagen

Gemeinsam für ein schönes und lebenswertes Hagen

Hagen ist eine offene, liberale und lebenswerte Stadt. Sie wurde Heimat für Menschen aus über 130 Nationen. Dennoch gibt es viele Probleme die es anzugehen gilt. Die Linke setzt sich daher für eine sozialistische Politik ein, um allen Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen. Wir kämpfen für eine inklusive Demokratie, in der die Bedürfnisse und Probleme aller Einwohner*innen Hagens berücksichtigt werden und in der Politik mit und für die Menschen gemacht wird – anstatt über sie hinweg. Nur gemeinsam können wir positive Änderungen erreichen und eine Gesellschaft formen, in der das Miteinander zählt und niemand ausgegrenzt oder vergessen wird.

Mit deiner Stimme hilfst du uns dafür zu sorgen, dass

- in Hagen jegliche Form der Diskriminierung und alle faschistischen Auswüchse aktiv bekämpft werden und Antifaschismus nicht nur ein bloßes Lippenbekenntnis bleibt,
- Hagen in eine klimafreundliche Stadt mit einem guten, barrierefreien und kostenlosen Nahverkehr transformiert wird,
- Kinderbetreuung und Bildungszugang keinen Anlass zur Sorge mehr ist und unbürokratisch allen Menschen zur Verfügung steht,
- Zentren für Kultur und Kunst nicht länger um ihr Überleben kämpfen müssen,
- Armut und Obdachlosigkeit aktiv bekämpft wird anstatt nur die Symptome zu lindern,
- Opfer von häuslicher Gewalt die Hilfe bekommen die sie benötigen und die Gewalt gegen Frauen ein Ende findet,
- eine Inklusive Gesellschaft zu bilden, die allen Menschen eine selbstbestimmte Teilhabe ermöglicht,
- Integration funktioniert und somit eine Bereicherung für alle wird,
- die Digitalisierung der Infrastruktur und Behörden vorangetrieben wird,
- eine Militarisierung der Gesellschaft Einhalt geboten wird,
- außerordentlich Vermögende endlich ihren gerechten Beitrag zur Gesellschaft leisten.

Dafür treten wir ein und wollen Ihnen mit dem nachfolgenden Wahlprogramm im Detail aufzeigen, warum es sich lohnt, bei dieser Kommunalwahl **mit allen Stimmen Die Linke zu wählen!**

Armut bekämpfen soziale Gerechtigkeit schaffen

Armut ist keine Naturgegebenheit, sondern das Ergebnis gesellschaftlicher Machtverhältnisse. In einer Stadt wie Hagen, in einem der reichsten Länder der Welt, ist Armut Ausdruck politischer Entscheidungen – und eines Wirtschaftssystems, das soziale Ungleichheit strukturell produziert. Während ein kleiner Teil der Gesellschaft immer größere Vermögen anhäuft, leben viele Menschen in Hagen dauerhaft unter dem Existenzminimum – trotz Arbeit, trotz familiärer Verantwortung, trotz Anstrengung. Diese Spaltung ist kein Zufall. Sie ist systematisch. Die Linke Hagen setzt sich für eine Politik ein, die Armut nicht verwaltet, sondern wirksam bekämpft – und dabei die Ursachen in den Blick nimmt. Schluss mit Repression und Kontrolle – für soziale Rechte statt Almosen.

Noch immer prägt das Bürgergeld das Leben vieler Menschen in Hagen – mit Repression, finanziellen Sanktionen und ständiger Kontrolle. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, ältere Erwerbslose, Menschen mit Migrationsgeschichte, Rentner*innen sowie Familien mit mehreren Kindern. Die Armutsquote in manchen Stadtteilen liegt weit über dem Bundesdurchschnitt. Die Stadt kann diese Entwicklung nicht vollständig korrigieren – aber sie kann ihr entschieden entgegenreten.

Die Linke Hagen fordert:

- Ein Ende aller repressiven Jobcenter-Maßnahmen: Keine Sanktionen, keine Zwangsumzüge, keine Leistungskürzungen.
- Eine bedingungslose Übernahme der Wohnkosten (KdU) auf Basis des kommunalen Mietspiegels – nicht auf willkürlich gedeckelte „angemessene“ Beträge.
- Ein kommunaler Härtefallfonds, der Strom- und Gassperren verhindert und auch kurzfristige Zahlungsausfälle sozial absichert.
- Die Einführung eines Sozialpasses, der allen Menschen mit niedrigem Einkommen Zugang zu Schwimmbädern, Theatern, Museen, ÖPNV und Bildungsangeboten eröffnet – unabhängig vom Leistungsbezug.
- Sofortmaßnahmen gegen Obdachlosigkeit: menschenwürdige Unterbringung, keine Ausgrenzung, keine Bedingungen.

Soziale Gerechtigkeit durch öffentliche Beschäftigung und soziale Infrastruktur

Wer Armut bekämpfen will, darf sich nicht mit Symptomen zufriedengeben. Nötig ist eine offensive Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die nicht auf „Fördern und Fordern“, sondern auf Solidarität und Existenzsicherung basiert. Wir brauchen:

- Tarifgebundene, voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsangebote statt 1-Euro-Jobs, Kombilohnstellen und prekären Maßnahmen.
- Kein Outsourcing an Leiharbeitsfirmen, Bildungsträger mit Billigverträgen oder Unternehmen, die Niedriglöhne zahlen.
- Die Einrichtung einer kommunalen Qualifizierungs- und Beratungsstruktur, die Menschen beim (Wieder-)Einstieg in gute Arbeit unterstützt – ohne Druck, ohne Repression.
- Die vollständige Abschaffung aller sachgrundlosen Befristungen im öffentlichen Dienst.
- Eine Mindestsicherung von mindestens 1.400 Euro im Monat, sanktionsfrei, individuell und Armutsfest – als langfristiges Ziel auch auf kommunaler Ebene einforderbar. Kinder, Jugendliche und Familien schützen – Teilhabe garantieren. Armut bedeutet oft den Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben – besonders für Kinder und Jugendliche.

Deshalb fordert Die Linke Hagen:

- Kostenfreie Bildung und Betreuung für alle Kinder – von der Kita bis zum Schulabschluss.
- Kein Ausschluss von Vereinsleben, Musikschule, Ferienfreizeiten oder Schulausflügen. Soziale Teilhabe darf nicht am Geld scheitern.
- Kostenfreie Angebote in Bibliotheken, Volkshochschule und Jugendzentren für alle mit niedrigem Einkommen.

Öffentliche Verantwortung statt Privatisierung

Kommunen dürfen sich nicht aus ihrer sozialen Verantwortung zurückziehen. Hagen muss endlich aufhören, auf Privatisierungen, Einsparungen und Verlagerungen zu setzen. Stattdessen braucht es eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge – und zwar nicht als Sparmodell, sondern als Ausdruck eines solidarischen Gemeinwesens.

Wir fordern als Die Linke Hagen:

- Den Ausbau kommunaler Wohnungswirtschaft, um der Verdrängung aus Stadtteilen und der steigenden Mieten entgegenzuwirken.
- Die Rücknahme bereits privatisierter Versorgungsbereiche, sowie ein konsequentes Privatisierungsverbot.
- Regelmäßige öffentliche Sprechstunden des Sozialausschusses für Betroffene, Beratungsstellen und Initiativen – für eine bürgernahe Sozialpolitik.
- Besondere Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung bei denen Beeinträchtigungen ausgeglichen werden müssen. Zum Beispiel bei der Beratung Anwesenheit eines Gebärdensprachdolmetscher.

Hagen braucht mehr Demokratie zum Mitmachen

Demokratie ist mehr als eine Einladung zur Wahlurne alle paar Jahre – sie ist das Recht, die eigene Stadt aktiv mitzugestalten. Doch in der Realität erleben viele Hagener*innen, dass Entscheidungen über ihre Lebensverhältnisse ohne sie – und oft gegen sie – getroffen werden. Gerade Menschen mit geringem Einkommen oder ohne formelle Macht werden systematisch von echter politischer Mitbestimmung ausgeschlossen. Das ist kein Zufall, sondern Ausdruck eines politischen Systems, das bürgerschaftliche Beteiligung oft nur als Kulisse duldet.

Die Linke Hagen kämpft für eine lebendige, soziale und konsequente demokratische Kommune, in der alle Menschen mitreden und mitentscheiden können – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Aufenthaltsstatus.

Demokratie beginnt unten – und darf nicht oben enden

Die Ursprünge des Begriffs „Kommune“ liegen im Gemeinschaftlichen. Doch längst hat sich eine entgegengesetzte Praxis etabliert: Stadtentwicklung „von oben“, Projektpolitik für Investor*inneninteressen, Beteiligung als Symbolpolitik. Wir wollen eine echte Demokratisierung der Stadt – von der Nachbarschaft bis zum Rathaus.

Die Linke Hagen fordert:

- Demokratische Mitentscheidung von Anfang an – nicht erst, wenn alles entschieden ist. Stadtplanerische und politische Verfahren müssen frühzeitig für Beteiligung geöffnet werden.
- Verbindliche Bürger*innenbeteiligung bei Großprojekten, nicht nur symbolische Anhörungen. Was gemeinsam beraten wird, muss auch real Einfluss auf Entscheidungen haben.
- Offene Planungswerkstätten und Stadtteilforen, organisiert auf Augenhöhe mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, sozialen Initiativen und Betroffenen.

- Bürger*innenräte, ausgelost und sozial gemischt, zur Erarbeitung von Vorschlägen bei wichtigen städtischen Themen – mit festen Rückkopplungspflichten an den Rat.

Demokratie darf nicht ausschließen

Demokratie gibt es nur, wenn alle mitreden können – auch jene, die sonst überhört werden. Deshalb ist es zentral, bestehende Beteiligungsformate gezielt für sozial benachteiligte Gruppen, Menschen mit Migrationsgeschichte, Jugendliche, Alleinerziehende oder Menschen mit Behinderung zu öffnen.

Die Linke Hagen fordert:

- Den Erhalt aller Stadtbezirke und Bürgerämter, um wohnortnahe Beteiligung und politische Sichtbarkeit in der Fläche zu sichern.
- Mehrsprachige, barrierefreie Informationsangebote, damit Beteiligung für alle zugänglich wird.
- Bürgerbeteiligung ohne Hürden: Vereinfachung von Antragswegen für Bürgerbegehren, Online-Partizipation und transparente Darstellung politischer Prozesse.
- Ein echter Bürger*innenhaushalt mit öffentlichen Beratungen, sozialer Ausgewogenheit und der Möglichkeit, konkrete Mittelverwendungen demokratisch mitzubestimmen.

Politische Teilhabe braucht materielle Sicherheit

Es gibt keine Demokratie ohne soziale Gerechtigkeit. Wer in Unsicherheit lebt, unter Armut leidet oder ständiger Repression durch Ämter ausgesetzt ist, kann sich kaum beteiligen. Deshalb ist der Ausbau demokratischer Teilhabe immer auch mit dem Kampf gegen Armut, Ausgrenzung und Prekarisierung verbunden.

Die Linke Hagen fordert:

- Mehr Rechte für die Kommunen gegenüber Bund und Land, um eigenständig soziale Politik machen zu können.
- Keine Verwaltungsstrukturereformen, die Beschäftigte belasten, demokratische Kontrolle einschränken oder zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben führen.
- Statt Personalabbau: eine demokratisch kontrollierte und gut ausgestattete Verwaltung, die sowohl der Bevölkerung dient als auch ihre Beschäftigten schützt – etwa durch flächendeckende Belastungsanalysen und Mitbestimmung des Personalrats. Zivilgesellschaft stärken statt übergehen: In Hagen gibt es zahlreiche Initiativen, Vereine, Nachbarschaftsgruppen und NGOs, die wertvolle Arbeit leisten. Doch allzu oft werden sie übergangen, ignoriert oder lediglich als „Netzwerkpartner“ dekorativ eingebunden.

Die Linke Hagen steht für:

- Die aktive Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen – von sozialen Vereinen über ökologische Gruppen bis zu demokratisch Legitimierten migrantischen Selbstorganisationen in politische Prozesse.
- Unterstützung von Bürgerinitiativen, durch gemeinsame Anträge, öffentliche Sichtbarkeit und Einbringung in Ausschüsse und den Rat.
- Eine kommunale Öffentlichkeit, die nicht durch Sachzwänge oder wirtschaftliche Interessen begrenzt wird, sondern demokratische Auseinandersetzungen fördert.

Kinder- und Jugendpolitik

Allgemein herrscht eine große Unmut unter jungen Menschen. Umweltverschmutzung zerstört den Planeten, der Traum vom eigenen Haus scheint unerreichbar und auch auf sozialer Ebene wird die Gesellschaft gespalten.

Die bisher regierenden Parteien haben die Jugend enttäuscht. Der Ruf nach einer Veränderung wird immer lauter. Die Zukunft gehört der Jugend. Das stimmt sowohl auf nationaler wie auch auf kommunaler Ebene. Bei uns ist diese Nachricht angekommen. Wir wollen gemeinsam für eine bessere, gerechtere Gesellschaft kämpfen, unabhängig vom Alter.

Eine gerechtere Politik für alle fängt bei den Kindern und Jugendlichen an. Nicht nur haben sie das Recht auf ein glückliches Leben, hier wird das Fundament für ein erfolgreiches und erfülltes Erwachsenenleben gelegt.

Kitas

Eine der ersten Stellen sind Kindertagesstätten. Viele Eltern haben Probleme Kitaplätze zu bekommen oder diese zu bezahlen. Gleichzeitig haben Kitas Probleme mit Personalmangel und Finanzen. Dagegen wollen wir vorgehen. Wir wollen Kitas fördern und so die Arbeitsbedingungen des Erziehungspersonals als auch die Qualität der dort verbrachten Zeit verbessern. Gemeinsam mit anderen Maßnahmen wollen wir so auch den Personalmangel überwinden. Zudem wollen wir die Kitas gebührenfrei machen, damit jeder seine Kinder in guten Händen weiß.

Kinderarmut

Immer mehr Familien rutschen in die Armut. In der Jugend wird der Weg für die spätere Karriere geebnet. So bestimmen Zugang zu Bildung und sozialer Teilhabe die Zukunft. Daher darf an sozialer Infrastruktur wie Schulen, Kultureinrichtungen und Sportanlagen nicht gespart werden. Vielmehr sollte es mehr kostenlose kulturelle Angebote für Jugendliche geben. Auch überregional sollten einheitliche Ermäßigungsangebote für Jugendliche existieren. Um allen mit einer guten Bildung einen erfolgreichen Start ins Leben zu ermöglichen sind Investitionen in Integration unabdingbar, da nicht in jedem Haushalt deutsch als Muttersprache gesprochen wird. Wir fordern eine deutliche Förderung von Deutschkursen für Kinder. Für uns versteht es sich von selber, dass sich mit leerem Magen schlecht lernen lässt. Daher fordern wir kostenlose Essensangebote an Kitas und Schulen.

Sicheres Zuhause

Für eine gute Jugend ist ein Ort an den man sich sicher fühlt, ein Zuhause, wichtig. Leider werden nicht alle in ein sicheres Zuhause geboren. Daher sind Schutzwohnungen für Jugendliche wichtig. Doch oft fehlt eine angemessene Einrichtung oder es sind keine freien Plätze zur Verfügung. Das muss sich ändern. Daher wollen wir den Ausbau neuer Schutzwohnungen fördern. Auch eine bessere Kooperation mit umliegenden Kommunen könnte da Abhilfe schaffen. Wir sind für eine bessere Förderung von Schutzwohnungen, damit jeder Mensch ein gutes, sicheres und für sie passendes Zuhause findet. Wir fordern eine konsequente Bearbeitung von Kindeswohlgefährdungen.

Hagen für die Jugend

Jugendliche sollen sich in Hagen wohlfühlen können. Dafür muss es geeignete Infrastruktur und Einrichtungen geben. Jugendeinrichtungen sind vor allem wichtig für Familien aus wirtschaftlich schwachen Verhältnissen und dürfen keinen Budgetkürzungen unterliegen.

Zu guter Letzt möchten wir mehr politische Teilhabe von Jugendlichen. Viele Entscheidungen die Kommunal getroffen werden, haben direkte Auswirkungen auf das Leben von Kindern und Jugendlichen. Eine Möglichkeit dafür ist der Jugendrat, dieser wird im Jugendforum Hagen gewählt, welcher bisher schon sehr gute Arbeit leistet. Wir wollen, dass – wann immer Entscheidungen im Zusammenhang mit Jugendlichen gefällt werden – eine Anhörung des Jugendrats verpflichtend ist.

Es ist gut, dass der Jugendrat seine Anliegen im Jugendhilfeausschuss vortragen kann. Wir halten auch ein selbstbestimmtes Antragsrecht des Jugendrates im Jugendhilfeausschuss für sinnvoll und fordern, dass Vertreter*innen des Jugendrates auch in weiteren Ausschüssen der Stadt beratende Mitglieder entsenden dürfen.

Im Rahmen der Rechte von Menschen mit Behinderungen fordert Die Linke Hagen eine Informationsoffensive die Kinder und Jugendliche mit Behinderungen über das Jugendforum und den Jugendrat informiert und zum Mitmachen anregt. Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass Einrichtungen barrierefrei gemacht werden.

Kommunale Gesundheitspolitik in der Krise?

Für eine solidarische Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand

Die Corona-Pandemie hat die Fragilität unseres Gesundheitssystems offengelegt – auch in Hagen. Hinter der oft beschworenen „Systemrelevanz“ von Pflegekräften, Reinigungspersonal, Ärzt*innen, Sozialarbeiter*innen und vielen anderen stehen Berufe, die seit Jahren unterfinanziert, überlastet und gesellschaftlich entwertet sind. Zugleich hat die Pandemie gezeigt: Nur solidarisch organisierte öffentliche Gesundheitsstrukturen können im Krisenfall die notwendige Stabilität und Versorgungssicherheit gewährleisten. Doch anstatt diese Lehre ernst zu nehmen, wird das Gesundheitswesen weiter marktförmig ausgerichtet – auch in Hagen. Profitdruck, Fallpauschalen und Privatisierungskonzepte stehen im direkten Widerspruch zu einer bedarfsgerechten, menschenorientierten Versorgung.

Immer mehr Facharztpraxen schließen und bringen viele Menschen zur Verzweiflung. Die Suche nach anderen Fachärzten ist gerade für ältere Menschen ein Horror. Sie bräuchten Hilfe, die sie nur schwerlich finden. Dazu kommt eine deutliche Überlastung der noch bestehenden Praxen die meistens keine Neupatienten aufnehmen.

Die Linke Hagen fordert von der Stadt eine Werbekampagne für die Niederlassung von Fachärzten.

Gesundheit ist keine Ware und Krankenhäuser gehören nicht in Konzernhände.

Die Linke Hagen tritt für eine kommunale Gesundheitspolitik ein, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt – nicht die Rentabilität.

Öffentliche Gesundheitsversorgung absichern und ausbauen

- Stopp jeder Privatisierung kommunaler Gesundheitseinrichtungen. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Gesundheitsdienste gehören in öffentliche oder gemeinnützige Hand – demokratisch kontrolliert, solidarisch finanziert.
- Abschaffung der Fallpauschalen (DRG-System), die zu einer gefährlichen Ökonomisierung medizinischer Leistungen führen. Kein Krankenhaus soll gezwungen sein, Patient*innen „blutig zu entlassen“, nur weil das Budget aufgebraucht ist.

- Eine kommunale Gesundheitsversorgung, die sich am Leitbild der WHO für „gesunde Städte“ orientiert: mit besseren Lebensbedingungen, gemeinschaftlicher Unterstützung und umfassender Gesundheitsbildung.
- Ein Notfallplan für medizinische Krisen, der auch die besondere Situation von Menschen mit Behinderung, Obdachlose oder pflegebedürftige Menschen berücksichtigt.

Lokale Gesundheitsstrukturen stärken – Versorgung darf keine Frage des Wohnorts sein

- Ausbau des ärztlichen Notdienstes und der Erreichbarkeit von Facharztterminen, auch durch direkte Terminvergabe statt Callcenter und Wartelisten.
- Flächengerechte Verteilung von Notdienstapotheken – niemand darf nachts kilometerweit fahren müssen, um an lebenswichtige Medikamente zu gelangen.
- Zugang zu medizinischer Versorgung auch für nicht versicherte, wohnungslose und illegalisierte Menschen. Die Kommune kann und muss in Kooperation mit freien Trägern entsprechende Strukturen schaffen und absichern.
- Barrierefreiheit in Arztpraxen ausbauen, nicht nur technisch, sondern auch sprachlich, finanziell und sozial.
- Rekommunalisierung der Behindertenfahrdienste – sie müssen bezahlbar, klar geregelt und für alle Bedürftigen zugänglich sein. Gesundheit ist soziale Gerechtigkeit
- Pflege- und Alteneinrichtungen müssen regelmäßig unangekündigt durch unabhängige Stellen kontrolliert werden, um Menschenwürde, Hygiene und Pflegequalität zu gewährleisten.
- Der schulärztliche und schulpyschologische Dienst muss ausgebaut werden, insbesondere in benachteiligten Stadtteilen.
- Gesundheitsangebote für geflüchtete Menschen, insbesondere für Frauen mit Gewalterfahrungen oder für traumatisierte Personen, müssen aufgebaut und langfristig gefördert werden.
- Ein kommunales Netzwerk für medizinische Versorgung von Illegalisierten kann gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren entwickelt werden – im Einklang mit dem Recht auf Gesundheitsversorgung für alle.
- Konsumräume und unabhängige Drogenberatung sind kein „Luxus“, sondern zentrale Bausteine einer menschenwürdigen und wirksamen kommunalen Drogenpolitik – sie retten Leben und stellen einen sicheren und sauberen Aufklärungsort dar.

Kommunale Verantwortung ernst nehmen

- Kooperationen mit Selbsthilfegruppen und zivilgesellschaftlichen Initiativen stärken, statt sie durch Ausschreibungen oder Preisdruck zu verdrängen.
- Stärkere Überwachung der Einhaltung von Hygienevorgaben in Krankenhäusern, Pflegeheimen und ambulanten Diensten – nicht nur bei Krisen, sondern dauerhaft.
- Personalgewinnung und gute Arbeitsbedingungen im Gesundheitsamt, in der Pflege und im medizinischen Bereich müssen zur zentralen kommunalen Aufgabe werden – mit tariflicher Absicherung, Mitbestimmung und Weiterbildung.

Für eine humane Selbstbestimmung pflegebedürftiger Menschen, sowie Senior*innen

Schon vor der omnipräsenten Dauerbelastung, welche uns das Corona Virus auch heute noch aufbürdet, gab es nicht nur bundesweit, galt es auch in Hagen den bundesweiten Pflegenotstand zu konstatieren.

Wir wissen, dass die Gesellschaft älter wird. Letztlich wird das Älterwerden der Babyboomer-Generation zeigen, ob unsere Rentensystem und unsere Gesellschaft die damit einhergehenden Herausforderungen meistern. Die Linke fordert daher eine Rente von mindestens 1400 Euro im Monat und eine Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent.

Das Älterwerden ist zunächst erst einmal neutral und nicht negativ zu sehen. Älterwerden liegt in der Natur des Menschen und als Die Linke Hagen stehen wir für Gleichwertigkeit aller Menschen, auch in Hinblick auf Altersgruppen. Dazu gehört auch ein Älterwerden in Würde und Selbstbestimmung. Allerdings gibt es in den letzten Jahren eine gesellschafts-politische Abwertung des „Älterwerdens“ im Sinne einer zunehmenden Belastung der jüngeren Generation. Der ältere Mensch als Kostenfaktor.

Leider beobachten wir seit Jahren, dass die einhergehenden Herausforderungen nicht erkannt und angepackt werden. Dazu einige Stichworte:

- Die mangelnde Anerkennung und schlechte Bezahlung hat zur Folge, dass die Arbeit in Pflegeberufen immer unattraktiver wird. So verschärfen sich gegenwärtige Probleme.
- Mehrfachbelastung durch Pflege von Angehörigen
- Kommerzialisierung im Pflegebereich
- Belastung durch Corona und vermeidbare Krankenhauskeime.
- Wachsende Altersarmut durch mangelnde soziale Absicherung
- Kritische Situation besonders pflegebedürftiger Menschen, wie z.B. an Demenz Erkrankte, Menschen mit Behinderungen, Kinder, junge Pflegebedürftige und zu wenig Wohnformen nach Wunsch der Betroffenen.
- Der Ausschluss vom sozialen Leben, durch gesellschaftlichen Wandel und Kommerzialisierung der Pflege und der Vernachlässigung der Wünsche der Pflegebedürftigen.

Es gibt immer noch Forderungen, Senior*innen ab einem bestimmten Alter gezielt von gesundheitlicher Rehabilitation auszuschließen. Diese vergessen, welchen wesentlichen Anteil Senior*innen an unserer Gesellschaft haben. Oftmals sind es eben diese, welche im öffentlichen Leben, im Verein, in der Familie das Rückgrat für sozialen Zusammenhalt geben. Nicht zu vergessen, dass sie selber Geld in die Sozialversicherungen eingezahlt haben, um im Alter und im Falle der Pflegebedürftigkeit versorgt zu sein. Sie möchten die Leistungen für die sie sich versichert haben. Auch in einigen Berufen, in denen der Nachwuchs fehlt, arbeiten Senior*innen weiter und bieten auch so Unternehmen eine Sicherheit.

Die als sicher geglaubten sozialen und solidarischen Errungenschaften der älteren Generation werden abnehmen, wenn die Politik nicht ernsthaft über Alternativen nachdenkt. Die Politik unter den Regierungen Kohl, Schröder und Merkel der letzten Jahrzehnte bedeutet die Verschlechterung der vormals hart erkämpften Lebensbedingungen. Die 2003 eingeführte „Grundsicherung“ von Rentnerinnen und Rentnern hat die sozial ungerechten Lücken nicht schließen können. Altersarmut, wurde so vorprogrammiert, was als Bürde letztendlich immer die Stadt Hagen tragen muss. Kommunalpolitisch ist auf diese Entwicklungen viel zu wenig Einfluss genommen worden. Die Stadt Hagen schweigt bis auf einzelne Ausnahmen zu den Problemen der kommenden Altersarmut die sie als Stadt finanziell tragen muss.

Als Linke in Hagen fordern wir:

- Die selbstbestimmte Selbstorganisation von Senior*innen muss gestärkt und durch eine Vernetzung ihrer Interessen gefördert werden.
- Altengerechtes Leben muss überall in der Stadt möglich sein (unter anderem wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten, Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln, öffentliche Trinkbrunnen und ausreichend WC Anlagen, die angstfrei nutzbar sind. usw.)
- Der Bedarf an seniorenrechtlichen und barrierefreien Wohnungen nimmt zu. Hierzu müssen die kommunalen Entscheidungsträger*innen in Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften und Verbänden Richtlinien erarbeiten und über deren Einhaltung wachen.
- Generationen-übergreifendes Zusammenleben muss gefördert und ausgebaut werden.
- Baugenehmigungen nur (Eigenheime ausgenommen) bei der Schaffung von bezahlbaren Wohnungen.
- Die Anhebung der Wohnkosten in der Grundsicherung im Alter auf ein realistisches Maß. Besonders im Bereich der barrierefreien Wohnungen.
- Alten- und Pflegeheime sind intensiver als bisher in die Stadtteile und in das Kulturleben zu integrieren, für die Bewohner*innen müssen bessere Möglichkeiten zur Beteiligung am gesellschaftlichen Leben geschaffen werden (die bisherige Qualität der „Pflege“ nur noch Verwahrung durch zu wenig, unterbezahltes und überlastetes Pflegepersonal, bürokratisches Planen von „Oben“ usw. ist menschenunwürdig, sowohl für die Bewohner*innen als auch für das Pflegepersonal). Wir setzen uns deshalb für die Schaffung von Pflege in Wohngemeinschaften und alternative Wohnformen ein.
- Die Beratungs- und Hilfsangebote für Menschen, die Angehörige zu Hause pflegen, insbesondere bei der Organisation der Pflege und der psychosozialen Beratung der Pflegenden, sind auszubauen. Ein starkes und ausgebautes „Netzwerk Pflege“ könnte hierbei eine Lösung sein (die durch das Pflegegesetz gestützte Zusammenarbeit von Angehörigen und ambulanten Pflegediensten ist völlig unzureichend). In einer besonderen Situation sind ältere Migrantinnen und Migranten, die hilfs- oder pflegebedürftig werden. Sie benötigen professionelle Hilfe von Menschen, die mit ihrer Sprache und Kultur vertraut sind. Altersarmut, gerade bei Frauen, auch bei Migrant*innen, muss bekämpft werden. Das Hagener Sozialamt kann hier seinen Handlungsspielraum besser nutzen. Bürokratische Hürden müssen im Interesse der älteren Mitbürger*innen abgebaut werden.
- Eine deutliche Erhöhung der pflegerischen Angebote im multireligiösen Bereich.
- Eine besondere Unterstützung der Pflegedienste bei Pflegebedürftigen mit multiresistenten Keimen

Für ein wertschätzendes und friedliches Miteinander gegen Militarismus

Frieden beginnt vor Ort. Ein respektvolles und solidarisches Zusammenleben in unserer Stadt ist die Grundlage für eine Kultur des Friedens, die über nationale Grenzen hinausreicht. Gerade in Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen, Kriegen, weltweiter Aufrüstung und der Normalisierung militärischer Logik ist es Aufgabe der Kommunen, ein deutliches Signal zu setzen:

Für zivile Lösungen – gegen die Militarisierung des Alltags.

Die Linke Hagen steht für ein friedliches, vielfältiges und respektvolles Miteinander – lokal wie global.

Städtepartnerschaften als Friedensarbeit – nicht als Legitimationsinstrument

Internationale Städtepartnerschaften können, richtig verstanden, gelebte Praxis internationalistischer Solidarität und zivilgesellschaftlicher Verständigung sein. Doch sie sind nicht neutral: Sie stehen immer im Kontext globaler Machtverhältnisse, geprägt durch imperialistische Ausbeutung, koloniale Kontinuitäten, kapitalistische Interessenpolitik und militärische Dominanz. Deshalb ist es notwendig zu prüfen, welche politischen Realitäten durch diese Partnerschaften anerkannt, verharmlost oder legitimiert werden – und ob sie mit emanzipatorischen Prinzipien und den Grundsätzen internationaler Solidarität vereinbar sind.

Hagen unterhält derzeit Städtepartnerschaften mit sechs Städten in fünf Ländern. Zwei davon stehen im Kontext schwerwiegender völkerrechtlicher und menschenrechtlicher Vergehen:

- Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt einen klaren Bruch des Völkerrechts dar. (Diese wurde bereits ruhend gestellt)
- Die israelische Regierung wird von einer Vielzahl an Menschenrechtsorganisationen – darunter Amnesty International, Human Rights Watch sowie UN-Gremien – der Durchführung eines systematischen Apartheidsystems und zunehmend auch eines Völkermords gegen die palästinensische Bevölkerung bezichtigt.

Vor diesem Hintergrund fordern wir eine grundsätzliche Neuausrichtung städtischer Partnerschaftspolitik auf der Basis universeller Menschenrechte, internationaler Rechtsstandards und sozialistischer Prinzipien.

Die Linke Hagen fordert daher:

- Die umgehende Beendigung der Städtepartnerschaft mit Modi'in (Israel), da zentrale völkerrechtliche Prinzipien verletzt werden. Eine Partnerschaft setzt ein Mindestmaß an gegenseitiger Anerkennung menschenrechtlicher und friedenspolitischer Grundsätze voraus – diese ist nicht gegeben. Die Aufkündigung der Partnerschaft mit Modi'in eine klare Haltung gegen Besatzung, ethnische Vertreibung und koloniale Stadtplanung.
- Die Ablehnung von Partnerschaften mit Kommunen, die systematisch von Völkerrechtsbrüchen oder kolonialer Besatzungspolitik profitieren, wie im Fall Modi'in, das im Kontext der Siedlungspolitik teilweise auf dem Gebiet des besetzten Westjordanlands liegt. Eine solche Partnerschaft widerspricht den Prinzipien linker Politik, die sich stets auf die Seite der Entrechteten und Unterdrückten stellt – nicht der Besatzer.
- Wir prüfen allerdings dennoch eine neue Partnerschaft mit einer israelischen Stadt auf Basis der Kriterien des Völkerrechts.
- Die Neuausrichtung bestehender Partnerschaften an klaren Kriterien internationaler Solidarität: Partnerschaften mit Städten wie Montluçon, Liévin oder Bruck an der Mur können weiterhin Räume für gegenseitige Unterstützung, antifaschistischen Austausch und soziale Projekte bieten – sofern sie aktiv in eine antirassistische, antikoloniale und friedenspolitische Praxis eingebunden werden.
- Die gezielte Förderung von Austauschprogrammen, insbesondere für Schüler*innen, Jugendliche und zivilgesellschaftliche Gruppen, die auf antirassistische, feministische, antimilitaristische und klassenbewusste Bildung setzen.
- Die Initiierung gemeinsamer Projekte, Resolutionen und Gedenkveranstaltungen mit Partnerkommunen, die sich gegen Krieg, Aufrüstung, Rassismus, Umweltzerstörung, Repression und soziale Ungleichheit richten.
- Ein explizites Bekenntnis zu einem internationalistischen Antimilitarismus: Städtepartnerschaften dürfen keine Bühne für Militarisierung, Geschichtsrevisionismus oder neoliberale PR-Strategien sein, sondern müssen Ausdruck einer klaren, internationalen Klassenperspektive sein – gegen Krieg, Kolonialismus und Ausbeutung, für Selbstbestimmung, Gleichheit und Gerechtigkeit.

Geschlechtergerechtigkeit schaffen

strukturell, solidarisch, systemkritisch

Formale Gleichstellung reicht nicht – echte Geschlechtergerechtigkeit verlangt die Überwindung struktureller Macht- und Ausbeutungsverhältnisse. Auch in Hagen sind Frauen* in mehrfacher Hinsicht benachteiligt: im Lohn, im Zugang zu politischer Macht, in der Verteilung von Sorgearbeit, in der Sichtbarkeit ihrer Perspektiven und in ihrer materiellen Absicherung.

Diese Ungleichheit ist kein Zufall, sondern tief in einer Gesellschaft verankert, in der Frauen primär über ihre Reproduktionsrolle definiert und ökonomisch abhängig gehalten werden. Die herrschenden Geschlechterverhältnisse dienen dabei der Aufrechterhaltung einer kapitalistischen Ordnung, in der unbezahlte Care-Arbeit von Frauen* systematisch ausgebeutet wird – im Privaten wie im Sozialstaat. Geschlechtergerechtigkeit kann es in einem System, das auf Ausbeutung basiert, nicht geben.

Die Linke Hagen tritt für eine konsequente Geschlechtergerechtigkeit ein, die nicht bei der Quote stehen bleibt, sondern die materiellen Verhältnisse in den Blick nimmt.

Geschlechterverhältnisse nicht verwalten – sondern verändern

- Gleichstellung heißt nicht bloß Repräsentation – sondern soziale Gerechtigkeit. Eine Quote kann symptomatisch Teilhabe verbessern, löst aber keine Ursachen struktureller Ungleichheit.
- Frauen sind überdurchschnittlich betroffen von Armut, prekären Beschäftigungen, Alleinerziehung, Pflegearbeit und sozialer Unsichtbarkeit – gerade hier muss kommunale Politik ansetzen.
- Politische Repräsentation muss mit sozialer Absicherung einhergehen: Kinderbetreuung bei Sitzungen, transparente Verfahren zur Kandidatur und gezielte Förderung ohne paternalistische Bevormundung.

Die Linke Hagen fordert:

- Die systematische Förderung von Frauen und nicht-männlichen Personen in der Kommunalpolitik, ohne sie auf „weiche“ Themen zu reduzieren.
- Den konsequenten Ausbau von Frauenhäusern, Schutzräumen und Hilfsangeboten für gewaltbetroffene Menschen.
- Den Erhalt und Ausbau von Frauen- und Mädchenprojekten, von selbstorganisierten Initiativen, die konkrete Alltagsprobleme aufgreifen – und das nicht auf Projektbasis, sondern mit langfristiger Finanzierung.

Reproduktive Arbeit anerkennen – nicht romantisieren

Frauen übernehmen noch immer den Großteil der unbezahlten und gesellschaftlich unsichtbaren Arbeit: Kinderbetreuung, Pflege, Haushaltsmanagement, emotionale Fürsorge. Diese Arbeit ist systemerhaltend – und wird im kapitalistischen Rahmen strukturell entwertet. Die Kommune darf das nicht reproduzieren.

- Die Linke Hagen fordert eine grundlegende Neuverteilung und Anerkennung von Sorgearbeit – durch öffentliche, tariflich abgesicherte und flächendeckende Infrastruktur für Kitas, Pflege, Gesundheitsversorgung und Bildung.
- Die steuerliche Diskriminierung von Alleinerziehenden muss beendet werden – ebenso wie deren Ausschluss von vielen Teilhabeangeboten durch Zeit- und Geldmangel.

Patriarchale Gewalt benennen: Femizide verhindern

In Hagen kommt es regelmäßig zu Fällen häuslicher Gewalt, psychischer und physischer Übergriffe gegen Frauen – wie auch in d.J. mit tödlichem Ausgang: einem Femizid. Diese Eskalation patriarchaler Gewalt ist kein Einzelfall und kein tragischer Unfall, sondern Ausdruck struktureller Machtverhältnisse, in denen Frauen systematisch unterdrückt, ausgebeutet und in existenzielle Abhängigkeit gedrängt werden.

Femizide – also Morde an Frauen, weil sie Frauen sind – stehen am Ende einer Gewaltspirale, die oft lange vorher sichtbar war: in ökonomischer Abhängigkeit, in ungeschützten Wohnsituationen, in unterfinanzierter Hilfeinfrastruktur, in patriarchaler Justiz und mangelnder gesellschaftlicher Solidarität mit Betroffenen. Wer Geschlechtergerechtigkeit ernst nimmt, muss auch den Kampf gegen patriarchale Gewalt systematisch führen – nicht nur reaktiv, sondern präventiv und strukturell.

Die Linke Hagen fordert deshalb:

- Ein Femizid-Monitoring in Hagen, das Gewalt gegen Frauen und Tötungsversuche sichtbar macht, die Dunkelziffer reduziert und politisches Handeln erzwingt.
- Sichere Zufluchtsorte für von Gewalt betroffene Frauen: mindestens ein weiteres, öffentlich finanziertes Frauenhaus und Schutzwohnungen – mit einem Rechtsanspruch auf Schutz.
- Eine lokale Koordinationsstelle gegen patriarchale Gewalt, die Polizei, Sozialarbeit, Migrant*innenorganisationen, Frauenhäuser und politische Gremien vernetzt – zur konkreten Prävention, Krisenintervention und Nachsorge.
- Kostenlose und sofortige psychosoziale Beratung für Betroffene – auch mehrsprachig, niederschwellig, barrierefrei.
- Ein Soforthilfe-Fonds für bedrohte Frauen, damit Schutz nicht an Geld, Bürokratie oder Aufenthaltsstatus scheitert.
- Flächendeckende Schulungen für Verwaltung, Polizei und Justiz zur Erkennung geschlechtsspezifischer Gewalt, ihrer Dynamiken und Schutzpflichten.
- Eine umfassende Aufklärungskampagne, die patriarchale Gewalt enttabuisiert, Täteransprache verbessert und gesellschaftliche Solidarität mit Betroffenen stärkt.

Patriarchale Gewalt ist kein Randproblem, sondern tief verankert im kapitalistischen Geschlechterverhältnis: Frauen werden nicht nur unterbezahlt, sondern in emotionaler Reproduktionsarbeit ausgebeutet, in familiären Abhängigkeiten gehalten und durch staatliches Wegsehen systematisch gefährdet. Femizide sind Ausdruck einer Gesellschaft, die weibliches Leben nicht schützt, weil sie von seiner Entwertung profitiert.

Daher gilt: Ohne befreite Geschlechter keine befreite Gesellschaft. Ohne Sicherheit für Frauen keine soziale Gerechtigkeit. Ohne Kampf gegen patriarchale Gewalt kein Antifaschismus.

Vielfalt statt Norm: Für geschlechtergerechte Lebensverhältnisse

Eine gerechte Kommune erkennt an, dass Menschen verschieden leben, lieben und sich identifizieren. Lebensrealitäten von trans*, inter*, nicht-binären, queeren und cis Frauen* müssen sichtbar gemacht und gestärkt werden.

Die Linke Hagen fordert:

- Schutz vor Diskriminierung in öffentlichen Räumen und durch städtische Stellen.

- Ein Verbot sexistischer oder stereotype fördernder Werbung auf allen kommunalen Flächen.
- Den besonderen Schutz von Menschen, die sich der LGBTQIA+-Community zugehörig fühlen, etwa durch Sensibilisierungsprogramme, barrierefreie Beratungsangebote und konsequente Antidiskriminierungsarbeit.

Gegen die kapitalistische Spaltung – für eine feministische Klassenpolitik

Die entscheidende Grenze verläuft nicht zwischen den Geschlechtern, sondern zwischen Oben und Unten. Aber: Geschlecht strukturiert die Erfahrung von Ausbeutung. Feministische Politik muss deshalb antikapitalistisch sein – sonst bleibt sie bei Symbolen stehen.

- Die Linke Hagen setzt auf eine solidarische Allianz aller Geschlechter gegen Sexismus, Ausbeutung und Diskriminierung. Männer sind aufgefordert, nicht als „Verbündete“, sondern als Mitstreiter*innen Verantwortung zu übernehmen – ohne Raum zu dominieren.
- Der Kampf gegen Geschlechterungleichheit ist untrennbar mit dem Kampf gegen Armut, Ausbeutung und neoliberale Politik verbunden.

Selbstbestimmung und Teilhabe – für eine inklusive Gesellschaft

Barrierefreiheit für alle Menschen!

Seit vielen Jahren gilt die UN-Behindertenrechtskonvention. In dieser werden die Rechte von Menschen mit Behinderungen festgehalten. Die Kernaussage der Konvention ist: Im Mittelpunkt steht der Mensch. Sie fordert, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Rechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern. Zwei Millionen schwerbehinderte Menschen leben in NRW, das sind zehn Prozent. Das Institut für Menschenrechte geht davon aus, dass rund 25 Prozent insgesamt längerfristige Beeinträchtigungen haben, die sie behindern. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das gesellschaftliche Bewusstsein sind für diese Menschen so zu verändern, dass ein barrierefreies und inklusives Leben für Menschen mit Behinderungen gewährleistet ist.

Die Teilhabe an der Gesellschaft, die wir fordern, ist:

Barrierefrei , Inklusiv, Gleichberechtigt und Selbstbestimmt. Dabei setzen wir auf die konsequente Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention. Denn Teilhabe an der Gesellschaft und deren gleichberechtigte Gestaltung sind ein Menschenrecht.

Wir fordern ein Teilhabekonzept, das bauliche, kommunikative, rechtliche, administrative und soziale Barrieren überwindet und gleiche Bedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen schafft.

Was muss dafür getan werden?

Ein Inklusionsplan muss auf kommunaler Ebene erarbeitet werden. Eine*n Gleichstellungsbeauftragte*n wird eingestellt. Menschen mit Behinderung werden befähigt, über ein „persönliches Budget“ zu verfügen. Barrierefreiheit in Sprache, Verwaltung, Verkehr, Institutionen, Wahlen analog und digital muss etabliert werden. Sondereinrichtungen werden abgeschafft oder umgewandelt.

Die kommunalen Jobcenter müssen einen inklusiven Arbeitsmarkt fördern. Wir betrachten dabei die Auslagerungen von Arbeitsplätzen aus Werkstätten für Menschen mit Behinderungen in normale Betriebe nicht als Inklusion sondern als das Gegenteil dazu!

Inklusion ermöglichen, Sondereinrichtungen abschaffen oder umwandeln

Es gibt viele soziale Barrieren, die für Menschen mit und ohne Behinderungen politische Gestaltungsmöglichkeiten und soziale Teilhabe einschränken und verhindern. Nur wenn auch diese Barrieren fallen, ist eine inklusive Gesellschaft möglich. Die Linke kämpft für das Recht aller Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das schließt inklusive Bildung, reguläre Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen in Hagen ebenso ein wie Erholung, Kultur, Freizeitaktivitäten, Reisen und Sport.

Alle Sondereinrichtungen, in denen Menschen mit Behinderungen separiert werden, müssen nach und nach abgeschafft oder umgewandelt werden. Dies gilt für Förderschulen, Werkstätten sowie Wohnheime für Menschen mit Behinderungen. Stattdessen muss es in der Regelschule, dem ersten Arbeitsmarkt oder im Wohnbereich genug Assistenz, Barrierefreiheit und ein barrierefreies Umfeld geben, damit selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen möglich ist.

Dazu gehört auch ein neuer Blick auf Lernziele und Arbeit: Es geht um Teilhabe und nicht um höchstmögliche Leistung.

Barrierefreiheit ist eine Voraussetzung für Inklusion. Eine inklusive Gesellschaft schließt alle Menschen ein, ob mit oder ohne Behinderungen. So profitieren von den Aufzügen in den Bahnhöfen zu den Bahnsteigen Menschen mit kleinen Kindern, Menschen mit viel Gepäck, Senioren*innen, Fahrradfahrer*innen und Menschen mit Behinderungen. Mit barrierefreier (leichter) Sprache z.B. können alle Menschen eher und selbstständiger ihre Rechte kennenlernen und durchsetzen wie z.B. ihre Rente beantragen.

Wir fordern deshalb:

- Erarbeitung und Erstellung eines Inklusionsplanes unter breiter Beteiligung der von unten demokratisch legitimierten Selbsthilfegruppen und -organisationen der Menschen mit Behinderungen und ohne Behinderungen gleichermaßen
- Schulung von Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und offensive Information der Verwaltung zum persönlichen Budget, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt wohnen, leben, lernen und arbeiten können
- Unterstützung von Initiativen und Förderung von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, um auf allen Ebenen der Gesellschaft einschließlich der Familie, das Verständnis für Menschen mit Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern
- Eine umfassende Barrierefreiheit bei Wahlen (Wahllokal, Wahlverfahren, Wahlmaterialien, Wahleinrichtungen)
- Bildung von Behindertenbeiräten in allen Kommunen, deren Mitglieder von den Betroffenen demokratisch gewählt werden

Zentrale Forderungen sind für uns im Bereich: Bauen, Wohnen und Verkehr:

- Flächendeckende Förderung der Aufsuchenden Wohnraumberatung für Senior*innen und Menschen mit Behinderungen, damit sie die Möglichkeit haben, länger und selbstständig zu Hause zu wohnen.
- Systematische Überprüfung der öffentlichen Gebäude auf Barrierefreiheit unter breiter Beteiligung der von unten demokratisch legitimierten Selbsthilfegruppen und -organisationen der Menschen mit Behinderungen.
- Der Neubau sowie die Sanierung von kommunalen Gebäuden müssen ohne Ausnahme barrierefrei geschehen. Ausstattung der öffentlichen Gebäude und der kulturellen Einrichtungen mit Höranlagen.
- Flächendeckender Ausbau von Leitsystemen für blinde und sehbehinderte Menschen im ganzen öffentlichen Raum.
- Ausstattung des ÖPNV sowie der Haltestellen mit Sprachausgabe.
- Verbindlicher barrierefreier Ausbau der Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs bis 2028. Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV in Richtung Barrierefreiheit. Erstellung eines kommunalen Stadtplanes zu barrierefreien Einrichtungen.

Bildung, Kultur und Arbeit:

Wir setzen uns für eine umfassende Förderung von Inklusion in Kitas und Schulen ein – durch eine bessere personelle und sachliche Ausstattung, die individuelle Bedürfnisse berücksichtigt. Stadtbibliotheken sollen barrierefrei gestaltet, erhalten und bedarfsgerecht mit inklusiven Medien ausgestattet werden – etwa mit Großdruckbüchern, Hörbüchern, Literatur in Leichter und Einfacher Sprache sowie in Brailleschrift.

Barrierefreiheit muss auch in kulturellen Einrichtungen und bei Kulturveranstaltungen selbstverständlich sein. Um die Teilhabe am Arbeitsleben zu stärken, sollen mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung geschaffen werden. Zudem sollen städtische Aufträge gezielt an anerkannte Inklusionsbetriebe vergeben werden.

Wir fordern die Einrichtung von Inklusionsabteilungen in kommunalen Unternehmen sowie die Vergabe von Catering-Leistungen in Schulen und öffentlichen Einrichtungen an Inklusionsbetriebe. Nicht zuletzt soll der inklusive Arbeitsmarkt durch die kommunalen Jobcenter aktiv unterstützt und weiterentwickelt werden.

Gesundheit und Pflege:

„Daheim statt im Heim“ – diese Forderung ist umzusetzen durch eine Förderung des barrierefreien und sozialen Wohnungsneu- und -umbaus bei der kommunalen Wohnungsbau-gesellschaft. Aufstockung des Personals der Heimaufsicht. Auflistung von barrierefreien Arztpraxen und medizinischen Einrichtungen; Erstellen einer kommunalen Karte von barrierefreien Gesundheitseinrichtungen (z.B. Arzt- und Physiopraxen, Apotheken, Hebammen, Krankenhäuser).

Beratung, Kommunikation und Information:

Es ist eine barrierefreie und transparente Verwaltung zu schaffen – vom Formular über die Webseite bis zum Gebäude. Sämtliche von der Kommune zur Verfügung gestellten Dienste müssen barrierefrei sein. Alle Schriftstücke der Verwaltung sind auch in Leichter und Einfacher Sprache herauszugeben, damit alle Bürger*innen ohne Hilfe ihre Leistungen erhalten können. Allen Dokumenten sind auch als Audiodatei herauszugeben.

Alle Sitzungen der kommunalen Gremien und die Sitzungsunterlagen müssen barrierefrei sein, einschließlich in Gebärdensprache.

Hagen braucht mehr Mitbestimmung und demokratische Beteiligung!

Der Begriff „Kommune“ stammt ursprünglich vom lateinischen Wort „communis“, was so viel bedeutet wie „gemeinschaftlich“. Ursprünglich sollten die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam über die Zukunft ihrer Stadt entscheiden. Doch in den letzten Jahren haben wir erlebt, dass die Politik oft Entscheidungen trifft, die vor allem die Interessen der einkommensschwachen Menschen in Hagen vernachlässigen.

Wahre Demokratie bedeutet, dass alle Menschen gleichberechtigt mitwirken können – eine Demokratie, die bestimmte Gruppen ausschließt, ist keine echte Demokratie. Wir möchten, dass das Engagement der Bürgerinnen und Bürger mehr ist als nur ein Applaus für die Arbeit der Beschäftigten in Schlüsselberufen oder das Ehrenamt, besonders in Krisenzeiten.

Es ist unser Ziel, allen Einwohnerinnen und Einwohnern gleiche Chancen zu bieten, aktiv an der Gestaltung unserer Stadt teilzunehmen. Das setzt voraus, dass Politik und Verwaltung den Menschen mit Respekt begegnen und auf Augenhöhe kommunizieren.

Ein wichtiger Schritt ist die Demokratisierung der Stadtplanung. Die Betroffenen vor Ort sollten frühzeitig in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Beteiligungsverfahren dürfen nicht nur symbolisch sein oder nach dem Motto „Friss oder stirb“ ablaufen, sondern müssen echte Mitwirkungsmöglichkeiten bieten. Ideen und Vorschläge der Hagenerinnen und Hagener sollten in offenen Werkstätten und durch basisdemokratisch organisierte Stadtteilforen gesammelt werden und in die Gesamtplanung einfließen. Besonders ökologische und soziale Initiativen, Vereine und Organisationen wie der BUND, der VCD, Flüchtlingsinitiativen oder die AIDS-Hilfe sollten aktiv beteiligt werden.

Es ist problematisch, wenn Vorschläge in Workshops erarbeitet werden, aber anschließend stillschweigend ignoriert werden. Das gilt auch für die Kulturplanung. Wir setzen uns dafür ein, dass bei größeren Bauprojekten eine echte Bürgerbeteiligung besteht, die auch verbindlich ist. Es ist nicht akzeptabel, wenn das Block-1-Areal gegen den Willen der Anwohner abgerissen wird und im Nachhinein nur noch gefragt wird, welche Farbe die Blumenkübel im neuen Gebäude haben sollen.

Es ist wichtig, dass wir uns der Möglichkeiten bewusst sind, die wir zur politischen Mitbestimmung haben, und diese aktiv nutzen. Die Linke fordert, dass die Menschen vor Ort in den politischen Diskurs eingebunden werden, damit sie ihre Zukunft selbst mitgestalten können. Dafür brauchen wir vollständige Informationen und direkte Beteiligungsmöglichkeiten wie Bürgerbegehren und -entscheide sowie mehr Transparenz bei politischen Entscheidungen.

Wir setzen uns für eine Vereinfachung der bürokratischen Hürden bei der Bürgerbeteiligung ein. Bei wichtigen Fragen für die Zukunft Hagen sollten Bürgerinnen und Bürger in Form von Ratsbürgerentscheiden mitentscheiden können. Die Linke lehnt Reformen ab, die öffentliche Aufgaben privatisieren oder die Kommunen finanziell belasten, sowie Maßnahmen, die nur auf Personalabbau abzielen. Wir fordern, dass die Arbeitsbelastung in der Verwaltung regelmäßig geprüft wird, um die Gesundheit der Mitarbeitenden zu schützen – etwa durch eine Belastungsanalyse, die gesetzlich vorgeschrieben ist.

Alle Stadtteilzentren Hagens sollten erhalten bleiben. Ortsnahe Verwaltung und Bürgernähe sind unverzichtbar – dazu gehören auch flächendeckende Bürgerämter. Wir werden weiterhin in allen Gremien konkrete Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger aufgreifen und versuchen, Mehrheiten dafür zu gewinnen. Zudem arbeiten wir eng mit Bürgerinitiativen und Nichtregierungsorganisationen zusammen, um ihnen eine Stimme im Parlament zu geben.

Die Linke Hagen fordert mehr Rechte für die Kommunen gegenüber Bund und Land.

Hagen ist multikulturell

Einwanderer sind aus unserer Gesellschaft und unserer Stadt nicht mehr wegzudenken. Viele von ihnen leben in der zweiten und dritten Generation hier und sind hier verwurzelt – ihre Identität ist im gesellschaftlichen Kontext dieser Stadt entstanden. Lange war Hagen die Stadt mit dem prozentual gesehen höchsten Migrationsanteil in ganz Deutschland. Im Bewusstsein vieler Menschen reflektiert sich die veränderte ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung als subjektive Bedrohung. Bedroht wird das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen nicht von den Einwanderern, sondern von den irrationalen Ängsten und Vorurteilen gegen sie. Frieden und Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie lassen sich nicht im Gegeneinander der Kulturen erreichen, sondern nur im Austausch und Miteinander. Durch einen Antrag der Linken ist Hagen im Juli 2019 schließlich dem UNESCO-Bündnis „Städtekoalition gegen Rassismus“ mit großem Widerstand beigetreten. Nun erwarten wir, dass die Stadt weiterhin diese Verpflichtungen aus diesem Bündnis mit Leben füllt. Die Linke Hagen stellt sich gegen Rassismus und gegen die rechtsextremen Bestrebungen. Wir wollen ein offenes, tolerantes, sicheres und buntes Hagen. Auf Demos treten wir auf allen Ebenen gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern gegen rassistische und faschistische Hetze, denn für uns ist der Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit eine Aufgabe aller Demokrat*innen und demokratischen Organisationen.

Deshalb sagen wir: Rassismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Wir wollen keine Assimilation sondern Integration von beiden Seiten! Ohne Wenn und Aber wenden wir uns gegen alle Formen faschistischer und rassistischer Überzeugungen, Meinungen, Parteien und Organisationen.

Die Linke Hagen tritt dafür ein:

- dass sich keine rechtsextreme Bestrebungen im Stadtrat und in den Ausschüssen durchsetzen
- dass kommunale Aktionspläne gegen Faschisten und Rechtspopulisten erarbeitet werden,
- dass in Behörden, Verwaltungen, Schulen und sonstigen Einrichtungen Fachleute für eine antifaschistische Weiterbildung, aber auch für Aufklärung über den überall anzutreffenden Alltagsrassismus eingesetzt werden
- dass alle Bildungseinrichtungen sich zu „Einrichtungen“ gegen den Rassismus erklären und dieses mit einem Aktionsprogramm mit Leben erfüllen
- dass die Hagener Politik sich gegen jede Art rechter Propaganda, Rassismus und faschistischer Tendenzen auf allen politischen Ebenen entgegenstellt
- dass Räume geschaffen und sichtbar gemacht werden, wo sich unterschiedliche Menschen sicher begegnen können. (z.B. Stadtteilstunden etc.)

Zuwanderung, Menschenrechte und Solidarität

Für ein Leben ohne Diskriminierung

Deutschland ist ein Einwanderungsland. In Hagen leben Menschen aus 138 verschiedenen Staaten. Sehr viele der Menschen in unserer Stadt haben einen Migrationshintergrund, besonders hoch liegt der Anteil bei den unter Sechsjährigen. Wenn die gesamte Zuwanderungsgeschichte des 20. Jahrhundert berücksichtigt wird, sind es noch viel mehr. Da liegen wir fast bei 100 %. Migrant*innen sind besonders von Sozialabbau und Benachteiligungen betroffen; sie sind auf dem Arbeitsmarkt und beim Einkommen, bei den Bürgerrechten und den Bildungschancen und im kulturellen Leben besonders benachteiligt. Diese Probleme werden vor Ort, auf der kommunalen Ebene sichtbar und konzentrieren sich hier.

Zu den „klassischen“ Migrant*innen haben sich seit der EU-Osterweiterung Zuwanderer*innen und Geflüchtete aus Kriegs- und Krisenregionen gesellt. Zum überwiegenden Teil haben sie ihre derzeitige Heimat in den von Armut betroffenen Stadtteilen Hagens gefunden, wo derzeit eine überdurchschnittliche Konkurrenz z.B. um Wohnraum und Kinderbetreuungsplätze festzustellen ist. Menschen mit Migrationshintergrund – neu eingetroffene noch mehr als schon länger hier lebende – haben häufig erschwerte Bedingungen, gleiche schulische und berufliche Erfolge und Karriereschritte zu realisieren wie ihre Mitbürger*innen ohne Migrationshintergrund.

Hagen unternimmt anerkennenswerte Anstrengungen, die Auswirkungen ungleicher Startbedingungen zu mildern. Die faktische Segregation in migrantische und nicht-migrantische Stadtteile wirkt sich jedoch integrationshemmend aus; die zur Verfügung gestellten – gemessen an den Anforderungen unzureichenden – finanziellen Mittel beschränken den Erfolg.

Die Linke Hagen sagt und fordert:

- Die Linke Hagen setzt sich für ein kommunales wohnraumpolitisches Konzept ein, in dem die Stadt die räumlichen Ghettos gezielt verhindert.
- Die Linke Hagen unterstützt nachdrücklich ein zusätzliches Förderangebot für Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas und Schulen und die Einrichtung und den Ausbau von Förder- und Beratungsangeboten für Eltern mit Migrationshintergrund.
- Die Linke Hagen unterstützt alle Maßnahmen im Hinblick auf eine interkulturelle Kompetenz an Schulen und in Kindergärten; sie setzt sich für eine frühkindliche Sprachförderung unter Einbindung der Eltern ein.
- Die Linke Hagen will, dass der Integrationsrat in allen die Integration berührenden Fragen von Politik und Verwaltung gehört werden muss.
- Die Linke Hagen tritt ein für ein Wahlrecht für alle, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Sie fordert die Ausdehnung des Kommunalwahlrechts auch auf alle Nicht-EU-Bürger*innen.
- Die Linke Hagen tritt ein für eine Zusammenarbeit mit Hochschulen, Schulen, Handels- und Handwerkskammern und Unternehmen vor Ort zur Erarbeitung von Konzepten zur Anerkennung von in anderen Ländern erworbenen Schul-, Hochschul- und Berufsabschlüssen. Denn nicht zuletzt geht uns hier auch kompetentes Fachpersonal verloren, wenn gut ausgebildete Migrant*innen wegen zu vieler bürokratischer Hürden ihren Beruf hier nicht ausüben dürfen.
- Die Linke Hagen fordert, dass bei Neueinstellungen in der Verwaltung entsprechend der Zusammensetzung der Bevölkerung Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden.

- Die Linke Hagen tritt für die Sicherstellung menschenwürdiger Wohnverhältnisse für Asylsuchende und Geduldete ein. Sie fordert einen großzügigen und weniger restriktiven Umgang mit Ermessungsleistungen bei aufenthaltsrechtlichen Fragen.
- Die Linke Hagen fordert für Asylsuchende und Geduldete einen besseren Zugang zur Gesundheitsversorgung.
- Die Linke Hagen setzt sich für die Einrichtung von kommunalen Härtefallkommissionen ein, an die sich von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge und Migranten*innen wenden können.

Antifaschismus

Für uns als Linke ist der Antifaschismus nicht bloß das Lippenbekenntnis eines leeren Begriffs zur besseren Profilierung – er ist ein fester, bedeutender sowie kategorisch unverhandelbarer Bestandteil unserer Identität als eben diese Linke. Antifaschismus ist also unser Selbstverständnis, darüber hinaus aber auch – transzendierend – unsere Pflicht. Der Faschismus steht allem und allen diametral gegenüber, für die und für das wir stehen.

Deshalb begegnen wir ihm ebenso diametral – und vor allem kompromisslos. Unsere Politik verkennt die Sorgen und Nöte der Menschen. Das führt dazu, dass die etablierte Politik von den Menschen verkannt wird – indem man sich dem Faschismus und den Faschisten zuwendet. Ein eklatanter Fehler, der die tatsächlich real existierende Not der Bürger*innen lediglich verschärft.

Gerade in einer Stadt wie Hagen, mit einer hohen Armutsquote und einer damit einhergehenden, ebenso hohen Kinderarmut, gewinnt der Begriff einer antifaschistischen Wirtschaftspolitik an Bedeutung – und wir wollen ihm diese Bedeutung auch tatsächlich zukommen lassen.

Aber auch beim konkreten Engagement fordern wir Unterstützung und Förderung für diejenigen, die sich gegen den Faschismus und seine Unterstützer einsetzen. Zudem ist uns auch der politische Abstand zu jenen wichtig, die der Politik der Faschisten helfen, ihr hinterherlaufen oder sie gar vollständig übernehmen.

Letztlich handelt es sich bei uns um Internationalist*innen, die das genaue Gegenteil der Nationalist*innen darstellen. Trotz des lokal begrenzten Charakters einer Kommunalwahl gibt es Aspekte, die dennoch auch unsere Haltung zu anderen Staaten und deren Regierungen zum Ausdruck bringen. Auch dort sind wir überall und konsequent antifaschistisch, wobei es immer unser Anspruch ist, niemals mit zweierlei Maß zu messen, wie es heute so oft getan wird.

Distanz zu Helfern

In rechten Kreisen kursiert das Narrativ, dass durch einen konsequenten Antifaschismus erst das gesellschaftliche Ungleichgewicht entsteht, dem der Faschismus entspringe. Dies ist falsch. Die wahre und eigentliche Gefahr besteht in der ungestümen Bereitschaft, mit der die etablierten Parteien faschistoiden Feindbildern nahezu nahtlos hinterhereilen – und die perpetuieren sowie konsolidieren, was niemals in einer solidarischen, gar liberalen Gesellschaft perpetuiert und gefestigt werden sollte, wenn diese eben jenen Anspruch an sich stellt.

Der Fremdenhass oder latent-subtile Xenophobie ist längst nicht mehr nur einigen wenigen Parteien vorbehalten, sondern durchdringt ebenso das Denken derjenigen, die die sogenannte „politische Mitte“ für sich beanspruchen – als wären sie es, die entscheiden, wo diese Mitte liegt, und nicht die tatsächliche Politik.

Wir als Linke halten politische Distanz zu all jenen, die so schamlos von rechts her behaupten, sie seien die Mitte, obwohl sie ihr immer ferner werden. Es wird keine Zusammenarbeit mit Parteien geben, die in der Vergangenheit mit der AfD kooperiert haben – da diese eine der größten Gefahren für unsere Gesellschaft nicht zu bannen versuchen, sondern sie im Gegenteil noch weiter eminent prekarisieren.

Internationalismus

Hagen hat sechs Partnerstädte in fünf Ländern, von denen eines einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen ein souveränes Land führt (Russland), und ein anderes – diversen Menschenrechtsorganisationen zufolge – einen Völkermord begeht (Israel). Wir setzen uns dafür ein, dass beide Partnerschaften im Kontext internationaler Solidarität beendet werden.

Die Forderung nach einer Auflösung der Partnerschaft mit Smolensk wird wohl wenig Aufsehen erregen, da viele Städte einen solchen Schritt nach dem russischen Überfall bereits vollzogen haben. Weitaus mehr Aufmerksamkeit dürfte hingegen das Bestreben wecken, die besondere Beziehung zu Modi'in aufzukündigen. Für uns gilt: Das Völkerrecht ist unverhandelbar und universell. Eine Städtepartnerschaft setzt nahezu immer ein freundschaftliches Verhältnis der Staaten voraus, in denen sich die jeweiligen Städte befinden. Wir lehnen ebendieses Verhältnis zu Staaten ab, die das Völkerrecht missachten – insbesondere, wenn diese Missachtung von vielen Expert*innen als Genozid klassifiziert wird.

Antifaschistische Wirtschaftspolitik

Nach unserem Verständnis von Antifaschismus reicht es unseres Erachtens nach nicht aus, gegen den Faschismus selbst zu agitieren, sondern ebenso die ökonomische Kausalität seiner Entstehung – in einem von Armut betroffenen Subjekt – vollumfänglich zu negieren. Der Faschismus gedeiht in der Unzufriedenheit mit dem Status quo, der nicht nur für die gegenwärtige Misslage der Betroffenen verantwortlich gemacht wird, sondern es auch tatsächlich ist.

Doch liefert der Faschismus einfache Antworten durch illusionierte Feindbilder, die die tatsächliche Misere nicht affektionierten – und nur durch diese negative Befindlichkeit eine Hegemonie prosperieren kann, die an immer mehr Vitalität zu gewinnen scheint. Unser Anspruch ist es, dieser Entwicklung entgegenzuwirken – indem wir der Armut, der Misere, entgegenwirken, die diese Entwicklung erst ermöglicht. Bei diesem Prozess muss zwangsläufig die kapitalistische Ordnung infrage gestellt und überwunden werden, was – soweit es auf kommunaler Ebene möglich ist – unseres Selbstverständnisses als demokratische Sozialist*innen gemäß postuliert werden muss.

(Zur Darlegung konkreter Mittel verweisen wir auf unseren wirtschafts-/sozialpolitischen Abschnitt des Wahlprogramms.)

Konkrete direkte Maßnahmen gegen Rechtsextremisten

Angesichts wachsender rechtsextremer Aktivitäten in öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Räumen ist es erforderlich, dass die Stadt eine konsequente und präventiv ausgerichtete Strategie zur Abwehr rechtsextremistischer Bestrebungen verfolgt. Öffentliche Räume, Straßen, Plätze sowie städtische Einrichtungen – dürfen nicht für rechtsextreme Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden.

Parallel dazu sind alle städtischen Fördermittel strikt an demokratische Grundsätze zu binden:

Rechtsextreme Vereine und Gruppierungen sind von finanzieller Unterstützung auszuschließen. Demokratische und antifaschistische Bildungsträger hingegen sind – gerade in Zeiten finanzieller Engpässe – zu stärken.

Diese Förderung umfasst sowohl die unentgeltliche Bereitstellung städtischer Räume als auch die organisatorische und mediale Unterstützung von Projekten an Schulen und Jugendeinrichtungen. Auch in städtischen Kulturzentren ist die demokratische Bildungsarbeit auszubauen. Im Sportbereich soll die Stadt auf den Stadtsportbund einwirken, um rechts-extremen Umtrieben in Vereinen wirksam zu begegnen.

Darüber hinaus ist die Verbreitung rechtsextremer, volksverhetzender und gewaltverherrlichender Inhalte im öffentlichen Raum – etwa über Buchhandlungen und Kioske – ordnungsrechtlich zu unterbinden. Etwaige Duldungen oder Begünstigungen rechtsextremer Aktivitäten durch Behörden oder öffentliche Träger sind in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen strafrechtlich zu prüfen.

Um die Lage fortlaufend bewerten zu können, sollen Verwaltung und Polizei dem Stadtrat jährlich über rechtsextreme Aktivitäten im Stadtgebiet und über ergriffene Gegenmaßnahmen berichten.

Mobilität für alle – vernetzt, emissionsarm, barrierefrei, unentgeltlich

Der Verkehrssektor macht rund 20 Prozent der Treibhausgas-Emissionen in Deutschland aus. Er hat bislang nichts zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes beigetragen. Statt weniger gibt es immer mehr Autos auf den Straßen. Die Kapitaleigner*innen der Autoindustrie sind eine mächtige Lobby und möchten die Verkehrswende zu einer reinen Antriebswende ummodellieren, daran richtet sich die Verkehrspolitik bisher aus. Statt Wachstum beim motorisierten Individualverkehr brauchen wir eine sozial-ökologische Mobilitätswende, die alle Menschen mitnimmt und unser Klima schützt. Die Linke will Mobilität für alle – vernetzt, emissionsarm, barrierefrei, unentgeltlich.

Wir müssen den öffentlichen Raum vom Auto zurück erobern: für den Fußverkehr und mehr Aufenthaltsqualität auf Straßen und Plätzen, für den Radverkehr und für Busse. Wir setzen auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und klimafreundliche Verkehrsmittel. Verkehrsplanung muss dazu vom Kopf auf die Füße gestellt werden, ausgehend von den schwächsten Verkehrsteilnehmenden: von Fußgänger*innen, Kindern, Menschen mit Behinderung, aufsteigend zu Radfahrenden, zu ÖPNV und motorisiertem Individualverkehr (MIV).

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) für alle

Der ÖPNV bildet das Grundgerüst einer funktionierenden Mobilität. Er ist schadstoffarm, platzsparend und sollte allen Menschen zugänglich sein. Er muss jedoch kostengünstiger werden, gerade der Wegfall des Kurzstreckentickets macht Busfahren teurer. Zudem müssen die Anbindungen – auch an die Nahverkehrszüge – verbessert und die Taktrate erhöht werden. So kann der ÖPNV zur echten, attraktiven Alternative zum Auto werden. Dies ist ein wesentlicher Hebel zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes.

Die Linke setzt sich für einen kostenlosen ÖPNV für alle ein. Das 9€-Ticket hat gezeigt, dass deutlich mehr Menschen mit günstigeren Tickets den ÖPNV benutzen, aber mit dem Deutschlandticket wurde es wieder deutlich teurer und ist somit nicht für alle Menschen bezahlbar. Erste Schritte beim kostenlosen ÖPNV sind kostenfreie Tickets für Kinder, Jugendliche, Schüler*innen und Azubis, denn aus der Schulpflicht folgt auch ein Recht, zum Ausbildungsort zu kommen. Auch Erwachsene mit wenig Geld haben große Einschränkungen in ihrer Mobilität und sollten ein kostenloses Ticket bekommen.

Die Linke fordert: Das Verkehrsnetz muss besonders in Bereichen außerhalb der Innenstadt massiv ausgebaut werden. Hier sollte die Ergänzung durch ein On-Demand-Verkehr (Verkehr auf Abruf) ausprobiert werden. Dieser kann auch die Verbindungen zwischen den Ortsteilen ermöglichen. Durch virtuelle Haltestellen bringt ein On-Demand-Verkehr die Fahrgäste fast bis zur Haustür. Über eine App oder per Telefon werden Fahrten gebucht, die dann von zeitnah und gebündelt durchgeführt werden. Die Linke will eine höhere Taktung und Verlängerung der Fahrtzeiten. Auch am Wochenende muss es möglich sein, zum Schichtbeginn mit Bus und Bahn zur Arbeit oder zum Bahnhof zu kommen.

Die Linke fordert: Alle Haltestellen in Hagen müssen barrierefrei sein. Dazu gehören nicht nur der Bau von Aufzügen und Rampen, sondern auch ein vollständiges Blindenleitsystem sowie akustisch gut verständliche Ansagen, die nicht im Drumherum untergehen. Weiter muss auch Druck auf die Deutsche Bahn ausgeübt werden, um endlich auch die Regional- und S-Bahnhöfe in Hagen barrierefrei umzubauen. Umstiege vom Hauptbahnhof in Busse (z.B. Wehringhausen) oder nur ein teilweise barrierefrei ausgebauter Bahnhof (z.B. Hohenlimburg) sind keine Option. Eine Teilhabe ist dadurch nicht für alle Einwohnenden Hagens möglich.

Die Linke fordert, dass auch zwischen den Ruhrgebietsstädten und dem Sauerländischen Raum die Linien ausgebaut werden. Reisen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln sollen nicht nur über die Knotenpunkte an den Hauptbahnhöfen möglich sein, sondern auch zwischen den einzelnen Stadtteilen der verschiedenen Städte.

Die Umgestaltung des Nachtexpress-Netz bindet den Hagener Bahnhof besser an die Innenstadt und die Stadtteile an. Das begrüßen wir! Durch den 30-Minuten-Takt in die größeren Stadtteile ist der Nachtexpress außerdem attraktiver und bietet deutlich mehr Flexibilität. Der Anschluss an die Züge soll vor allem im Nachtnetz weiter sichergestellt werden und die Verlängerung der Bedienzeit sollte geprüft werden.

Außerdem ist es dringend erforderlich, eine gekennzeichnete sichere Fußgängerquerung (z.B. einen Zebrastreifen) vom Berliner Platz zur „Businsel“ zu schaffen. Der Fußverkehr ist hier die vorherrschende Verkehrsart und sollte bevorrechtigt werden.

Die Linke fordert mehr kostenlose Park&Ride-Plätze außerhalb der Innenstadt mit einer kostenlosen Anbindung an den ÖPNV.

Fußgänger:innen

Fußgänger*innen sind die Verkehrsteilnehmer*innen, welche am häufigsten bei der Verkehrsplanung vergessen werden – und zugleich die schwächsten. Dabei ist Fußverkehr die elementare, gesündeste, preiswerteste und klimafreundlichste Art der Fortbewegung. Sie ermöglicht Begegnungen, Gespräche und Verweilen im öffentlichen Raum – eine wesentliche Qualität öffentlichen Lebens. Fußverkehr ist in hohem Maße divers: Alle Altersgruppen einschließlich mobilitätseingeschränkter und blinder Menschen mit unterschiedlichem Mobilitätsverhalten bestimmen gutes Leben im öffentlichen Raum.

Daher fordern wir:

- lebenswerte Gestaltung von Plätzen und Straßen durch Bäume, Brunnen, beschattete Bänke und Spielmöglichkeiten, die zum Flanieren, Spielen oder einfach zum Aufenthalt einladen
- Stadtgestaltung fußgängerfreundlich auszugestalten, das bedeutet Wege kurz, sicher und barrierefrei zu planen,
- Innenstädte konsequent autofrei zu gestalten, Neubaugebiete autoarm zu planen,
- Bündelung des Kfz-Verkehrs auf einigen wenigen Straßen,
- Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in der Kommune,
- Gehwegbreiten von mindestens 2,50 Metern an allen Straßen,
- eine eigene Stelle der/-s Fußverkehrsbeauftragten in Hagen mit den Aufgaben:
- Durchführung von Fußverkehrschecks in Vierteln,
- Prüfung der Stadtentwicklungs-, Verkehrs- und Freiraumplanungen hinsichtlich der Belange des Fußverkehrs,

- Prüfung der Barrierefreiheit für alle Fußgänger*innen, insbesondere auch für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und Sehbehinderungen, Kinderwagen,
- Konzeption und Entwicklung einer gesamtstädtischen Fußverkehrsstrategie, von kommunalen Fußverkehrsnetzen; Evaluation, Umsetzungskontrolle und Weiterentwicklung.

Mehr Radverkehr

Mit dem Rad unterwegs zu sein ist die umweltfreundlichste Möglichkeit der Mobilität. Durch elektrische Unterstützung und die Verbreitung von Lastenrädern ist das Rad zu einer echten Alternative zum Auto geworden. Gerade innerhalb der Stadt, wo viele Wege nur bis zu 5 Kilometer lang sind, kann das Rad Autos ersetzen.

Im Moment liegt der Anteil des Radverkehrs nur bei etwa sechs Prozent der zurückgelegten Wegstrecken. Beim Fahrradklimatest 2024 belegt Hagen mit der Note 4,67 den letzten Platz unter 42 gleichgroßen Städten in Deutschland und hat sich damit weiter verschlechtert. Vor allem die geringen Breiten und fehlenden Radverkehrsanlagen werden bemängelt. Auch der Stellenwert des Radverkehrs in Hagen wird bemängelt. Die Umsetzung der ersten Maßnahmen war gut und wichtig, die konsequente und schnelle Umsetzung des Radverkehrskonzeptes zum Lückenschluss im Netz muss aber Priorität haben. Die Befragten gaben an, dass sie mit der Baustellenführung des Radverkehrs besonders unzufrieden sind. Wir fordern, dass bei Baustellen kein Fahrradweg wegfallen darf. Radfahrer*innen müssen wie Fußgänger*innen durch eigene Absperrungen geschützt werden. Einschränkungen dürfen nur zu Lasten des Autoverkehrs gehen. Bestehende Gesetze müssen hier angewandt werden.

Die Linke fordert den Ausbau der Radwege nicht nur zu den Zentren hin, sondern im gesamten Stadtbereich. Fahrradwege dürfen weder Flickenteppiche noch Zickzackrouten sein. Vorrangig sind Lücken im Radwegenetz zu schließen.

Der Umbau der Augustastraße zur Fahrradstraße hat eine schnelle Verbindung vom Hagener Hauptbahnhof nach Wehringhausen ermöglicht, andere Radhaupttrouten müssen noch folgen. Hierbei sind breitere Fahrradstreifen (mindestens 2,25 Meter) mit ausreichendem Sicherheitsabstand (0,75 m) zu parkenden Autos oder getrennte Radwege zu bevorzugen. An Kreuzungen braucht es eigene Grünphasen und grüne Wellen für Fahrradfahrer*innen.

Die Linke fordert mehr Fahrradstellplätze und Lademöglichkeiten für E-Bikes. Bei Neubauten müssen die Fahrradstellplätze vor Autos Priorität haben.

Die Linke setzt sich ein für mehr Kontrollen und härtere Bestrafung von Falschparkern auf Fahrrad- und Fußwegen und in Kreuzungsbereichen.

Die Linke fordert: Gefährliche Stellen – etwa Radwege, die plötzlich auf die Straße führen – müssen mit Hinblick auf die Sicherheit von Fahrradfahrer*innen umgebaut werden. Hierbei soll vor allem die Vision Zero, also keine Getöteten und Schwerverletzten Verkehrsteilnehmenden, das Ziel sein.

Die Linke will die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern, Lastenrädern und Fahrradanhängern im ÖPNV. Die Möglichkeiten zur Mitnahme müssen verbessert werden. Aber hierfür bedarf es weiteren Platz, denn Rollstuhlfahrer*innen und Kinderwagen brauchen diese Möglichkeit ebenfalls.

Mehr Rechte für Fußgänger*innen

Jede*r Verkehrsteilnehmende ist zumindest auch manchmal Fußgänger*in. Kinder, Jugendliche, viele Senior*innen und aus finanziellen Gründen Unmotorisierte sind es ständig, alle anderen legen zumindest Teilstrecken zu Fuß zurück. Dennoch werden viele kurze Wege unnötigerweise gefahren statt gegangen. Verlärmte, unbeschattete, unerfreulich bebaute Straßen, schlechte Luft und fußgängerunfreundliche Übergänge mit langen, oft in Phasen getrennten Wartezeiten wirken abschreckend und lassen Menschen aufs Auto zurückgreifen. In der Folge steigt das Kfz-Aufkommen, städtische Zonen veröden, der Lärmpegel steigt, die Luft wird schlechter, innerstädtisches und globales Klima werden belastet.

Eine Stadt der fußgängerfreundlichen Wege hält Platz für Fußgänger*innen vor, geht gegen zugeparkte Wege vor, sorgt für sicheres, komfortables und angemessen schnelles Fortkommen. Hierzu gehören zwingend funktionale Beleuchtung, Beschattung, sowie zum Überqueren Zebrastreifen oder schnell reagierende Ampeln. Anzustreben sind auch gelegentliche Orte zum Ausruhen sowie Angebote zum Spielerischen. Sinnvoll ist die Anbringung von Timern, die die Länge der Grün- und Rotphasen an Ampeln anzeigen.

Fortbewegung für Kinder

Die Linke fordert die Schaffung von Räumen mit Aufenthaltsqualität durch Sitzmöglichkeiten, Beleuchtung, Begrünung und Lärmreduktion. Die Linke will, dass jede Fußgängerampel auch von gehbeeinträchtigten Menschen in einer Grünphase überquert werden kann.

Die Linke fordert die Ausweitung der Tempo-30-Zonen, mehr Spielstraßen und mehr Zebrastreifen. Die Bürgersteige müssen an vielen Stellen verbreitert werden. Gehwegparken sollte, so weit wie möglich, nicht geduldet werden. In der Umgebung von Schulen und Kitas müssen mehr Geschwindigkeitskontrollen stattfinden.

Autoverkehr

Der öffentliche Raum gehört allen. Fakt ist aber, dass er weitgehend für den Autoverkehr konzipiert und vom Autoverkehr beherrscht wird. Bau und Erhalt von Straßen, Parkflächen und Parkhäusern sind teuer. Viele davon sind aus Steuermitteln finanziert.

Dessen ungeachtet fristen Radfahrer*innen und Fußgänger*innen im Gegensatz zu motorisierten Verkehrsteilnehmer*innen ein oft gefährliches, zumindest unkomfortables Dasein am Rand. Dies ist für besonders junge bzw. ältere Verkehrsteilnehmer gefährlich. Alle Bürger*innen leiden unter dem Verkehrsinfarkt der Innenstädte: Der motorisierte Individualverkehr (MIV) ist zudem einer der wichtigsten Emittenten des Klimagases CO₂.

Eine schlichte Umstellung auf Elektromobilität ist keine Lösung. Die Dichte der Fahrzeuge nimmt so nicht ab, und Emissionen werden in andere Regionen ausgelagert. Die Stadt Hagen sollte bei der Umstellung auf Elektromobilität nicht nur regionale Emissionen berücksichtigen, sondern die gesamten, auch die bei der Produktion entstehenden. Der ÖPNV muss umfassend ausgebaut, und die Taktraten müssen erhöht werden. Neue emissionsarme Fahrzeuge müssen angeschafft werden. Rad- und Fußgängerwege und verkehrsberuhigte Zonen müssen besonders im Innenstadtbereich geschaffen, Parkflächen für Autos als Park & Ride-Plätze ausgebaut werden.

Hagen soll sich daher der Städteinitiative Tempo 30 anschließen und fordern, dass die grundsätzliche Geschwindigkeit in Städten auf 30 km/h reduziert und nur an besonderen Stellen oder besonders wichtigen Straßen 50 km/h erlaubt sind.

Die Anzahl der Lkw im Stadtgebiet muss weiter reduziert werden. Die notwendigen Lkws müssen mit Abbiegeassistenten ausgestattet sein. An den Stellen, an denen es zu Unfällen gekommen ist, muss der Straßenabschnitt geändert werden.

Güter- und Lieferverkehr

Güter sollen vorrangig auf der Schiene und auf den Wasserwegen transportiert werden. Dafür müssen größere Gewerbegebiete wieder mit Gleisanschlüssen ausgestattet werden, finanziert durch nach Größe gestaffelten Abgaben der ansässigen Betriebe.

Neue, aufkommensstarke Gewerbegebiete dürfen nur noch mit Gleisanschluss genehmigt werden. Der Durchgangsverkehr soll kurzfristig aus der Stadt herausgehalten werden und durch großräumige Umleitungen nicht mehr durch die City fahren.

Der Lieferverkehr in den Städten ist in den vergangenen Jahren geradezu explodiert. Vor allem durch den Aufschwung des Online-Handels, doch auch durch Lieferdienstangebote von lokalen Märkten sind Staus und verstopfte Straßen durch Liefer-Lkws zum gewohnten Bild geworden. Im Sinne einer Mobilitätswende muss dieser Lieferverkehr umgedacht werden und Alternativen zum Lkw-Chaos gefunden werden. Wir fordern die Einrichtung von Micro-Hubs als innerstädtische Zwischenlager, eine Auslieferung zum Kunden per Lasten-fahrrad sowie weiteren ökologisch vertretbaren Verkehrsmitteln.

Ziel ist eine weitgehend autofreie Innenstadt.

Dies bedeutet: Kein Neubau von Straßen, stattdessen Umbau vorhandener Straßen, Geschwindigkeitsbeschränkungen und Verringerung der für das Parken vorgehaltenen Flächen. Für jene Verkehre, die nicht auf ÖPNV und nicht motorisierte Fahrzeuge verlagert werden können, ist Elektromobilität vertretbar, sofern die Zahl dieser Fahrzeuge und ihr Gewicht gering ist und die für sie benötigten Materialien auf fairem Wege gewonnen werden.

Klimaschutz, Energiewirtschaft, Agrarpolitik, Umwelt und Tierschutz

Umwelt und Natur sind wie nie zuvor bedroht. Auch Hagen war in den vergangenen Jahren von verheerenden Extremwetterereignissen, beispielsweise dem Hochwasser im Jahr 2021 betroffen. Wir dürfen die Klimakrise weder leugnen noch vor ihr resignieren. Als Linke wollen wir darum kämpfen, dass unsere Städte und Gemeinden einen großen Beitrag zum Klimaschutz leisten und zugleich selbst besser auf die Effekte des Klimawandels vorbereitet sind. Wir ringen dabei um sozial gerechte Lösungen, denn Klimaschutz, den sich nur Reiche leisten können, spaltet die Gesellschaft und bringt uns alle nicht weiter. Unsere linke Klimapolitik ist sozial und ökologisch zugleich und orientiert sich am Pariser Klimaabkommen und dem 1,5-Grad-Ziel. Denn Klima- und Umweltschutz auf kommunaler Ebene bedeutet für uns, alles zu tun, um Vorsorge für die Folgen des Klimawandels zu treffen und alles zu tun, um die CO₂-Neutralität in Hagen bis zum Jahr 2035 zu erreichen.

Kommunaler Klimaschutz

Trotz klimapolitischer Rückschläge und Verzögerungen lohnt es sich, gegen die Klimakrise anzukämpfen. Für besseren Klimaschutz brauchen wir eine kommunale Kreislaufwirtschaft, Ressourcensparsamkeit und Recyclingkonzepte sowie eine dezentrale Energieversorgung. Unsere Ziele sind Klimaneutralität und klimaresilientere Städte und Gemeinden. Damit wir uns vor den Folgen der Klimakrise schützen und eine komplette Katastrophe noch aufhalten können, ist nicht zuletzt die Rekommunalisierung der für die Daseinsvorsorge wichtigen Konzerne erforderlich.

Klimaschutz braucht die Steuerung der öffentlichen Hand und kann mit kapitalistischer Profitwirtschaft nicht gelingen. Mit konsequenter Beteiligung der Einwohner*innen unserer Städte und Gemeinden müssen wir gemeinsam Pläne entwickeln und umsetzen, die uns vor den Folgen des Klimawandels besser schützen, dabei zugleich dem Klimawandel entgegenwirken und einen Beitrag zum Umwelt- und Artenschutz leisten.

Nahezu alle kommunalen Politikfelder betreffen auch den Klimaschutz: Wohnen, Verkehr, Energieversorgung, die Wirtschaftsförderung, das Grün- und Waldflächenmanagement und vieles andere. Wir müssen die betreffenden Politikfelder den Zwecken der Kapitalmehrung und des kurzfristigen Gewinnstrebens so weit wie möglich entziehen.

Wir brauchen ab sofort

- die Rekommunalisierung und die nötige Umstellung auf erneuerbare Energieträger bis 2035,
- die Erzeugung des Großteils der Energie vor Ort aus regenerativen Quellen,
- ein hohes Tempo bei Entwicklung und Bau von Energiespeichern.

Wir wollen alle Aspekte eines sozial-ökologischen Umbaus hin zu Gemeinwohlorientierung, kooperativem Wirtschaften und ökologischer Nachhaltigkeit verbinden.

Schutz vor den Folgen des Klimawandels

Im Jahr 2018 wurde für Hagen das Klimaanpassungskonzept fertiggestellt. Bestehende Pläne müssen an die beschleunigte Entwicklung der Klimaerwärmung angepasst werden. Es umfasst die 6 Handlungsfelder Menschliche Gesundheit; Stadtentwicklung und Bauwesen; Grün- und Freiflächen; Feuerwehr, Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe; Wirtschaft und Gewerbe sowie Wasserwirtschaft.

Diese zeigen Möglichkeiten, wie die Durchlüftung der Stadt verbessert, Frischluftschneisen erhalten oder gegebenenfalls wiederhergestellt werden, wie mehr Bäume gepflanzt sowie Fassaden und Dächer begrünt werden können. Dafür wird ein Gründachpotential-Kataster angelegt. Gründächer sorgen für bessere Luft und binden Feinstaub. Sie können zusätzlichen Lebensraum für Vögel und Insekten schaffen.

Gegen Starkregenereignisse wie z.B. Flutkatastrophen müssen Vorkehrungen getroffen werden. Die Bevölkerung muss für die Gefahren sensibilisiert, Starkregengefahrenkarten angelegt, Frühwarnsysteme eingerichtet werden, die Kommunen müssen städtebauliche Maßnahmen gegen Überflutungen ergreifen. Flächen müssen entsiegelt werden. Fließgewässer müssen ebenso renaturiert werden wie trockengelegte Feuchtgebiete.

Digitale Hochwasser- und Starkregenwarnsysteme müssen ausgebaut und mit Echtzeit-Informationen für die Bürger*innen ausgestattet werden. Die Vernetzung zwischen Rettungskräften, Kommunen und Anwohner:innen muss verbessert werden, damit im Ernstfall schnell und koordiniert reagiert werden kann. Warnungen müssen für alle Menschen – unabhängig von ihrer Vorbildung oder Muttersprache – verständlich sein, indem sie in einfacher Sprache barrierefrei bereitgestellt werden, damit klar ist, welche Warnstufen welche Gefahr bedeuten und welche Schutzmaßnahmen zu ergreifen sind. Gleichzeitig müssen Warnsysteme präziser werden, indem sie gezielt betroffene Gebiete statt ganzer Landkreise informieren. Notfallpläne für besonders betroffene Gebiete sowie Aufklärungskampagnen und Schulungen sind notwendig, um die Bevölkerung für Gefahren zu sensibilisieren und konkrete Schutzmaßnahmen zu vermitteln.

- Hitzeinseln sollen erfasst und auf das Vorhandensein kritischer Einrichtungen überprüft werden, wie z.B. Krankenhäuser, Pflegeheime, Kitas, Schulen, Spielplätze. Maßnahmen zum Schutz dieser Einrichtungen werden ergriffen.

- Bei der Neupflanzung von Bäumen sollen heimische, tiefwurzelnde Sorten bevorzugt werden, sofern sie noch den veränderten Bedingungen der Klimaerwärmung angepasst sind.
- Wir als die Linke setzen uns für die Erweiterung von Baumschutzsätzen sowie Baumkatastern in Hagen ein.
- Wir fordern Aktionspläne für Hitzewellen.

Agrarpolitik

Linke Kommunalpolitik hat zum Ziel, dass Agrarpolitik sozial, ökologisch und am Tierwohl orientiert ist. Dem Naturschutz und dem Schutz der Artenvielfalt kommt durch die Folgen des menschengemachten Klimawandels eine besondere Rolle zu. Was wir tun, um sozial-ökologische Landwirtschaft zu stärken und die Natur zu schützen:

- Große Teile des Grünlands werden derzeit bewirtschaftet. Auf größeren Ackerschlägen sollen künftig feste Wild- und Insektenschutzstreifen eingerichtet werden. Das städtische Agrarland soll ökologisch und ohne den Einsatz von synthetischen Pestiziden bewirtschaftet werden. Nicht verpachtete oder von Hagen selbst bewirtschaftete Flächen sollen als Insekten- und Wildschutzraum umgestaltet werden. Bestehende Pachtverträge sollen in den kommenden zehn Jahren umgestellt oder gekündigt werden, wo dies möglich ist.
- Hagen initiiert und unterstützt Projekte der solidarischen Landwirtschaft, wie auch Möglichkeiten der regionalen und saisonalen Direktvermarktung für Agrarbetriebe aus der Region.
- Die Linke Hagen strebt die Umstellung der Versorgung aller öffentlichen Kantinen, Schulen und Kindergärten auf vorrangig pflanzliche ökologische, saisonal und regional erzeugte Nahrungsmittel an.
- Kommunale Wälder werden erhalten und als standortangepasste Mischwälder naturnah bewirtschaftet. Teile der städtischen Wälder sollen nicht bewirtschaftet, sondern der Natur überlassen werden.
- Verkehrsinseln und das verkehrsbegleitende Grün werden so gestaltet, dass sie als Reproduktionsstätten für Biodiversität dienen können, Flugkorridore für Insekten und Leitsysteme für Kleintiere müssen geschaffen werden. Unnötige Lichtemissionen müssen vermieden werden.
- Hagen soll der zunehmenden Versiegelung in privaten Gärten durch geeignete Satzungen entgegenwirken und Maßnahmen ergreifen, um Schottergärten zu identifizieren und ihre Entsiegelung zu erreichen.

Energiepolitik

Linke Energiepolitik in Hagen braucht eine sozialökologische Wende. Eine sichere, nachhaltige, von Importen unabhängige und für alle bezahlbare Energieversorgung ist das Ziel unserer Politik. Die Versorgung der Einwohner*innen mit Energie gehört in die öffentliche Hand und darf nicht profitorientiert sein.

Wie eine sozialökologische Energiewende aussieht:

- Die Linke Hagen fordert bezahlbaren Strom und bezahlbare Heizenergie für alle. Den Zugang zu Energie zu ermöglichen, ist eine grundlegende Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge. Daher fordern wir einen Strom-Sozialtarif für einkommensschwache Einwohner*innen, um den wachsenden Ungleichheiten bei der Energieversorgung entgegenzuwirken und das Recht auf Strom für alle zu verwirklichen. Wir wehren uns gegen Stromabschaltungen durch die Energieversorger bei Zahlungsrückständen.

- Die örtlichen Stromnetze und der örtliche Energieversorger gehören in die öffentliche Hand. Die Stadt soll über Energiegenossenschaften oder ihre eigenen Stadtwerke Ökostromprojekte entwickeln. Sie sollen einen Plan entwerfen, wie sie bis zum Jahr 2030 ausschließlich hochwertigen Ökostrom anbieten können. Öffentliche städtische Gebäude sollen schon heute mit hochwertigem Ökostrom des eigenen Energieversorgers versorgt werden.
- Hagen soll Aktienpakete von Unternehmen, deren Geschäftsfeld die Extraktion, Verarbeitung und der Vertrieb fossiler Energieträger (Mineralöl-, Erdgas- und Kohleindustrie) oder die Atomwirtschaft ist, abstoßen.
- Hagen erarbeitet verbindliche Handlungsziele für die CO₂-Reduktion und den Ausbau regenerativer Energien, wie auch einen Maßnahmenkatalog dazu. Ziel ist, die Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 in Hagen zu erreichen. Die örtlichen CO₂-Emissionen werden ermittelt und ihre Entwicklung jährlich fortgeschrieben. Für diese Aufgaben wird in der Verwaltung eine eigene Stelle mit ausreichenden Mitteln und personeller Ausstattung geschaffen.
- Die Sanierung des alten Gebäudebestandes wird mit einer Sanierungsrate von mindestens fünf Prozent pro Jahr vorangetrieben.
- Neue städtische Gebäude werden mindestens nach Effizienzstandard KfW 55, mit einer Photovoltaikanlage und – wo immer möglich – gleichzeitig mit einem begrünten Dach gebaut.
- Ziel kommunaler Politik muss die Ausstattung aller geeigneten Dächer mit Photovoltaikanlagen sein. Hagen soll, das Solardachpotential-Kataster des RVR benutzen. Es verfolgt das Ziel, Solaranlagen auf allen geeigneten Dächern städtischer Gebäude einzurichten. Einzelpersonen und Energiegenossenschaften werden dazu ermutigt, Solaranlagen auf städtischen Dächern zu bauen. Insbesondere ist es aber die Aufgabe des städtischen Energieversorgers, Solaranlagen in der Stadt zu errichten. Beim Verkauf städtischer Grundstücke und im Rahmen von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen werden private Bauherr*innen durch städtebauliche Verträge zur Errichtung von Photovoltaikanlagen verpflichtet. Eine generelle Verpflichtung zur Errichtung von Photovoltaikanlagen bei Neubauten sollte angestrebt werden.

Derzeit wird in Hagen ein Wärmeplan erstellt. Als Linke setzen wir uns dafür ein, dass dieser sozial verträglich gestaltet ist. Wohnen und Bauen sind für 40 Prozent der Treibhausgase in Deutschland verantwortlich. Eine Wärmewende ist unerlässlicher Bestandteil von Klimapolitik: Gebäude müssen saniert, Heizungen umgestellt werden. Das darf nicht zu einer zusätzlichen Belastung für Mieter*innen und Eigenheimbesitzer*innen mit niedrigen und mittleren Einkommen führen. Eine warme Wohnung für alle muss bezahlbar sein. Mieter*innen können ihre Heizungen nicht wechseln, deshalb lehnen wir CO₂-Preise im Wärmebereich ab. Das Heizungsgesetz der Ampel hat die Gesellschaft gespalten, weil es die Sorgen der Menschen ignoriert hat. Es ist unsozial und torpediert die Klimaziele im Gebäudesektor. Wir wollen die Menschen nicht allein lassen: Kein*e Normalverdiener*in darf durch Klimaschutz finanziell mehrbelastet werden. Es braucht flächendeckende Beratungsangebote mit Sanierungsbeauftragten für alle sanierungsbedürftigen Häuser. Es braucht eine kommunale Wärmeplanung mit Beteiligung der Bürger*innen, Mieter*innen und Umweltverbände.

Wir fordern eine Investitionsoffensive in energetische Sanierungen und Heizungstausch auf Bundesebene in Höhe von 25 Milliarden Euro pro Jahr. Beim Heizungstausch wollen wir die Förderung für Zusatzkosten nach Einkommen staffeln: Menschen mit niedrigen Einkommen bekommen den Heizungstausch mit bis zu 100 % bezahlt, Menschen mit mittleren Einkommen anteilig gestaffelt. Für einen Einpersonenhaushalt wollen wir bei einem Jahreseinkommen von 30.000 Euro zum Beispiel 82 % der Kosten, bei einem Einkommen von 60.000 Euro 42 % der Kosten erstatten, inklusive des Tauschs der Heizkörper, wenn dieser technisch notwendig ist. Ergänzend fordern wir vergünstigte Kredite der KfW, so dass Mehrkosten für das Heizen vermieden werden können, da Investitionskosten für effiziente Heizungen so zu günstigen Konditionen gestreckt werden können. Spitzenverdiener*innen mit einem Einkommen von 250.000 Euro aufwärts müssen die Sanierung ihrer Luxusvillen selbst bezahlen.

Natur- und Artenschutz als kommunale Aufgaben

In NRW sind 25 Prozent der heimischen Arten bedroht, darunter nun auch der Igel. In Hagen setzen wir uns für mehr Natur- und Artenschutz ein. Besonders das Insektensterben muss aufgehalten werden.

Zur Schaffung von mehr Lebensräumen soll Hagen ein integriertes Programm zum Schutz und zur Erweiterung von Lebensräumen für bedrohte Arten entwickeln. Dazu gehört unter anderem:

- In Hausgärten, auf öffentlichen Flächen und in Naturschutzgebieten dürfen keine Pestizide eingesetzt werden.
- Die Landwirtschaft muss insekten- und vogelfreundlich werden.
- Bestehende Biotop müssen verbunden werden.
- Die Verkehrspolitik in Hagen muss sichere Verkehrswege für wandernde Arten anbieten.
- Die Lichtverschmutzung muss zurückgeführt werden.
- Bereits in NRW ausgestorbene Arten, darunter auch Beutegreifer wie der Wolf oder der Luchs, müssen wieder angesiedelt werden.
- Die Ausbreitung invasiver Arten wie des Goldschakals, der Asiatischen Hornisse etc. muss in ihren Auswirkungen auf die Lebensräume einheimischer, bedrohter Arten beobachtet und bewertet werden.

Tierschutzpolitik

Seitdem 2013 durch die Novellierung des Tierschutzgesetzes der Tierschutz zum Staatsziel erklärt wurde, hat sich für die Tierwelt nicht wirklich viel verbessert. Die Tierwelt insgesamt – insbesondere die sogenannten Nutztiere – werden bisher weiterhin der Vermarktung und dem Profitstreben unterworfen.

Linke Politik kann mit geeigneten Maßnahmen auf kommunaler Ebene gegensteuern. Der Schutzauftrag des Staates beschränkt sich nicht nur auf den Menschen. Wir wollen natürliche Lebensgrundlagen erhalten und Landschaften renaturieren. Wir wollen Schinderei und quälereische Haltungsformen beenden und wissen doch, dass keine Gefangenschaft jemals zu 100 Prozent artgerecht sein kann. Wir wollen, dass der respektvolle Umgang mit Tieren erlernt und praktiziert wird. Statt weiter zunehmender Konzentration von Nahrungsmittelproduktion müssen regionale Kreisläufe für agrarwirtschaftliche Güter gefördert werden.

Wir sprechen Tieren das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz zu, unabhängig von ihrem Nutzwert. Im Einzelnen heißt Tierschutz für linke Kommunalpolitik:

- keine Genehmigung von Zirkusgastspielen mit Tieren inklusive Ponykarussells auf Volksfesten,
- Stärkung von Tierschutzorganisationen in den Kommunen,
- Ausbau der Kontrollen durch die Veterinärmedizin,
- soziale Staffelung der Hundesteuer,
- kommunale Kastrationspflicht für freilaufende Katzen,
- Ausweitung der Finanzmittel für örtliche Tierheime durch Übernahme der realen Kosten,
- weiterhin das Verbot von Reptilienbörsen,
- Unterordnung der Silvesterböllerei unter den Tier- und Umweltschutz.

Wirtschaft und Arbeit

Für ein gutes Leben statt Profitlogik

Armut ist kein individuelles Versagen, sondern Resultat eines wirtschaftlichen Systems, das Profite über Menschen stellt. In Hagen sind tausende Menschen ohne reguläre Arbeit oder gezwungen, unter prekären Bedingungen zu arbeiten. Die offiziell gemeldete Arbeitslosenquote verschleiert dabei das wahre Ausmaß der sozialen Ausgrenzung: Wer in Maßnahmen „geparkt“, in Statistiken aussortiert oder als „nicht vermittelbar“ erklärt wird, bleibt trotzdem von Erwerbslosigkeit betroffen – mit allen sozialen Folgen.

Die Wirtschaftspolitik der Stadt muss sich am Ziel der sozialen Gerechtigkeit orientieren – und das heißt: Sie muss Beschäftigungspolitik sein. Öffentliche Programme zur Schaffung existenzsichernder, tariflich bezahlter und unbefristeter Arbeitsplätze – insbesondere für langzeiterwerbslose Menschen – sind keine Wohltaten, sondern notwendige Instrumente sozialer Teilhabe. Die bisherige „Kommunale Arbeitsmarktstrategie 2020–2030“ bleibt hinter diesem Anspruch zurück: Auch wenn einzelne Maßnahmen sinnvoll erscheinen, münden sie viel zu selten in dauerhafte Perspektiven.

Die Linke Hagen fordert:

- Die Umwandlung öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse in voll sozialversicherungspflichtige, tariflich abgesicherte Arbeit.
- Ein städtisches Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramm mit echten Berufsabschlüssen statt bloßer Beschäftigungstherapie.
- Eine kommunale Bildungseinrichtung für Erwerbslose und prekär Beschäftigte, organisiert aus öffentlicher Hand, ohne Outsourcing an Billiganbieter oder prekär beschäftigte Honorarkräfte.
- Die dauerhafte Abschaffung von Bürgergeld-Sanktionen – stattdessen braucht es eine sanktionsfreie Mindestsicherung von mindestens 1.400 Euro monatlich.

Wirtschaftsförderung für die Vielen – nicht für wenige Profiteure

Die bisherige Wirtschaftsförderung hat den sozialen Gegensatz in Hagen verschärft: Während große Investoren profitieren, bleibt die strukturelle Armut in vielen Stadtteilen ungelöst. Wir stellen uns gegen die verfehlte Standortpolitik, die Städte in einen Dumpingwettbewerb um die niedrigsten Steuern, Löhne und Umweltstandards zwingt.

Die Linke Hagen fordert:

- Eine Wirtschaftsförderung, die sich am Gemeinwohl orientiert: Wer öffentliche Mittel erhält, muss tariflich entlohnen, soziale und ökologische Standards einhalten und verbindliche Arbeitsplatzgarantien geben – sonst Rückzahlung!
- Den gezielten Ausbau von Genossenschaften, solidarischen Betrieben und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen – demokratisch kontrolliert, lokal verankert.
- Keine Flächen für automatisierte Lagerhallen ohne Beschäftigungsperspektiven. Neue Gewerbeansiedlungen müssen an konkrete, dauerhafte und sozial abgesicherte Arbeitsplätze gebunden sein.
- Keine weiteren Privatisierungen – schon erfolgte Ausgliederungen sind perspektivisch rückabzuwickeln. Public-Private-Partnership-Modelle lehnen wir ab.

Öffentliche Arbeit stärken – für ein solidarisches Gemeinwesen

Die Stadt Hagen ist über ihre Verwaltung und Beteiligungsunternehmen der größte Arbeitgeber. Doch neoliberale Kürzungslogik und Privatisierung haben zu Personalabbau, Befristungen und schlechteren Arbeitsbedingungen geführt. Dabei ist der öffentliche Dienst zentral für Daseinsvorsorge, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Linke Hagen setzt sich ein für:

- Den massiven Ausbau des öffentlichen Dienstes – mit guten Arbeitsbedingungen, unbefristeten Verträgen und tariflicher Bezahlung.
- Den Stopp von Ausgliederungen in „Servicegesellschaften“, die Tarifstandards unterlaufen und Lohndumping betreiben.
- Eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive innerhalb der Stadtverwaltung – inklusive Abschaffung sachgrundloser Befristungen.
- Keine Ausweitung von Wochenendarbeit – die Gesundheit der Beschäftigten und ihre Vereinbarkeit von Beruf und Leben muss Vorrang haben.

Wirtschaftsförderung heißt Zukunft sichern!

Die Entwicklung der Wirtschaft läuft nicht zum Vorteil unserer Stadt. Mit alten Strategien wird die Wirtschaftsförderung auch in Zukunft ihre Ziele verfehlen. Sie wird die soziale Spaltung der Stadtgesellschaft in eine schmale wohlhabende Oberschicht und eine große Masse der Menschen, die vom Strukturwandel abgehängt sind, nicht stoppen können.

Hagen verliert immer mehr Industriearbeitsplätze weil Firmen pleite gehen oder die Werke auf Befehl der Konzernlenker geschlossen werden. Dabei ist es egal, wie rentabel oder modern der Betrieb ist.

Die Linke Hagen setzt sich für eine Task Force ein, die Betrieben mit Problemen mit Rat und Tat zur Seite steht bevor es zu spät ist.

Die Linke Hagen tritt für eine am Gemeinwohl orientierte Wirtschaftsförderung ein und fordert den Ausbau und die Stärkung der Gemeinwirtschaft und des Genossenschaftswesens ein.

Die Linke Hagen fordert, dass Zuwendungen und Leistungen an private Unternehmen an verpflichtende und einklagbare Arbeitsplatzzusagen gekoppelt werden. Die Leistungen sind zurückzufordern, wenn die Zusagen nicht eingehalten werden.

Wirtschaftsförderung heißt für uns: Arbeitsplätze sichern und neue schaffen.

Chancen der Digitalisierung nutzen – Datensouveränität gewährleisten

Den Zugang zu digitaler Information betrachtet Die Linke Hagen als Grundrecht eines jeden Menschen. Es gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge, den Zugang zum Internet für alle zu gewährleisten. Gleichzeitig müssen die Bürger*innen vor der weiteren Erhebung ihrer Daten durch Unternehmen geschützt werden. Jede*r muss selber entscheiden können, welche Daten sie*er zur Verfügung stellen will.

Die Linke fordert keine zwangsweise Digitalisierung und fordert eine Nutzung der Daten nur nach ausdrücklicher Erlaubnis der Bürger*innen. Eine aktive Widerspruchsregelung lehnen wir ab.

Die Linke fordert, dass Digitalisierung und technischer Fortschritt der gesamten Gesellschaft zugutekommen. Die effizientere Gestaltung von Arbeitsprozessen und steigende Produktivität muss für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich genutzt werden. Wir wollen nicht, dass Konzerne Zugriff auf die Daten unserer Stadt und ihrer Bürger*innen erhalten. Daten sind das Handelsgut des digitalen Zeitalters, und jede*r muss den öffentlichen Raum nutzen können, ohne sie an ein privates Unternehmen zu geben.

Die Linke fordert ein Recht auf digital freies Leben. Jeder hat das Recht auf Internet, Smartphone & Co zu verzichten. Es gibt in Hagen viele Menschen die kein Smartphone oder Internet haben oder diese Möglichkeiten nicht nutzen wollen. Daher muss die Stadt dafür Sorge tragen das diesen Bürger*innen alle Dienstleistungen zur Verfügung stehen.

Die Linke will keine Ausweitung der Videoüberwachung des öffentlichen Raums. Videomaterial über öffentliche Plätze soll nicht in den Händen der Privatwirtschaft sein. Die automatisierte Auswertung des Materials ohne konkreten Grund darf nicht erfolgen. Videoüberwachung verhindert keine Straftaten, sondern verlagert sie höchstens.

Digitalisierung der Verwaltung

Bei der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen hat Hagen gute Fortschritte erzielt und dennoch ist das Ende nicht in Sicht. Sie soll Arbeiten vereinfachen und Prozesse kostengünstiger organisieren. Dabei ist auf die Belange der Bürger*innen und Mitarbeiter*innen Rücksicht zu nehmen.

Die Linke fordert die konsequente Einhaltung der Vereinbarung zwischen Personalrat und Verwaltungsspitze. Kein Arbeitsplatzabbau durch Digitalisierung.

Die Linke erwartet umfassenden Datenschutz für die Bürger*innen. Datensicherheit hat oberste Priorität. Wir lehnen eine Freigabe von Bürger*innen-Daten an private Dritte ab.

Die Linke will eine Stärkung von E-Government: Die Behördengänge können mit Hilfe der Digitalisierung vereinfacht werden oder ganz entfallen. In diesem Zusammenhang sollen dem Bürger auch gleichberechtigt zum Nutzen auch Informationen über die Gefahren des Datenmissbrauches (z.B. Identitätsdiebstahl) dargelegt bekommen.

Die Linke fordert die Umstellung der Stadtverwaltung auf Open-Source-Programme. Open Source heißt, dass jede*r den Quellcode des Computerprogramms einsehen, verändern und ihren*seinen Bedürfnissen anpassen kann. Nur wer den Quellcode kennt, kann sagen, was ein Programm wirklich tut. Daher kann die Stadt nur so die Datensicherheit ihrer Einwohner*innen garantieren. Sie spart Lizenzgebühren und macht sich Hersteller unabhängig.

Die Linke will den Einsatz von offenen Schnittstellen. Nur wenn die Stadt zur Kommunikation untereinander, mit anderen Kommunen und mit ihren Bürger*innen offene Standards verwendet, macht sie keine kostenlose Werbung für Unternehmen und ist herstellerunabhängig.

Digitale Kompetenzen stärken

Um die digitalen Kompetenzen der Bürger*innen Hagens zu erhöhen, braucht es mehr Bildungsangebote. Die Investitionen in die Ausstattung von Schulen müssen weiter erhöht werden, sowohl in Technik als auch in die Einstellung von Informatiklehrer*innen. Dabei muss die Unterstützung des Landes NRW eingefordert werden.

Die Linke fordert: In Schulen sollte ebenfalls Open-Source-Software verwendet werden. Durch den Unterricht mit zum Beispiel Microsoft- oder Apple-Produkten werden die Schüler*innen in an diese Unternehmen gebunden und können keine echten digitalen Kompetenzen erlangen. Schüler*innen müssen über das Datengrabbung und den weiteren Gefahren des Internet aufgeklärt werden. Die digitale Kompetenz der Schüler*innen ist wichtig.

Die Linke will eine kontinuierliche Schulung der städtischen Mitarbeiter*innen, um sie stets auf dem neuesten Stand der Technik zu halten.

Digitalisierung ist sinnvoll, solange sie unter demokratischer Kontrolle bleibt!

Eine andere Haushaltspolitik ist durchaus möglich!

Wer Demokratie will, muss die Selbstverwaltung der Kommunen verteidigen. Sie ist zwar im Grundgesetz festgeschrieben, doch die Kommunen werden finanziell ausgeblutet, sodass sie praktisch nicht mehr handlungsfähig sind.

Hagen gehört zu den Städten, die besonders schwer unter dem von Oben verordneten Zwangssparen zu leiden haben. Seit der Kommunalwahl 2014 hat sich die Haushaltslage der Stadt dramatisch verändert. An Investitionen denkt die selbsternannte Allianz (CDU, FDP, Grüne, Hagen Aktiv) in keiner Weise. Gerade jetzt in der Nullzinsphase muss zukunftsorientiert investiert werden, um interessant für Unternehmen zu sein. Statt dessen sieht die Verantwortlichen der Stadt zu wie Unternehmen insolvent gehen, Werke schließen oder aus Hagen weg verlagert werden.

Die Verantwortung für das finanzielle Ausbluten der Kommunen tragen überwiegend die Bundes- und Landesregierung, die mit ihrer verfehlten Steuerpolitik dazu beigetragen haben, dass die großen Konzerne praktisch steuerfrei gestellt sind. Auch die amtierende Hagener Allianz der neoliberalen Ideologie des Standortwettbewerbs, Abbau sozialer Leistungen, eine Sparorgie im öffentlichen Dienst und die Vermarktung öffentlichen Eigentums sind die sozialen Kosten dieser Art .

Fördermanagement oder Akquise von Fördergeldern findet in der Stadt Hagen viel zu wenig statt. Vergleichbare Kommunen haben für die Beantragung von Fördergeldern bis zu 8 Mitarbeiter.

Schon heute hat die Stadt so viele Gemeinschaftseinrichtungen privatisiert oder geschlossen, dass allein dies die Lebensqualität der Hagener Bevölkerung erheblich absenkt und die Verwaltung ihrer Pflicht zur Daseinsvorsorge der Bürger nicht mehr ausreichend nachkommen kann (z.B. Sanierung maroder Schulgebäude, Kinderspielflächen sowie die Bearbeitung von Anträgen z.B. Bauanträge).

Es ist gut, dass das Land überschuldeten Städten wie Hagen unter die Arme greifen will in dem sie 50 % der Altschulden übernehmen will. Reicht das wirklich?

Um der Stadt und seinen Finanzen wieder Leben einzuhauchen muss die Stadt vollständig entschuldet werden. Es müssen in Hagen gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden. Wer gut verdient, hat mehr Geld zum Ausgeben und wir haben damit auch ein höheres Steueraufkommen.

Es reicht nicht, sich dem Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ anzuschließen und Resolutionen zu unterschreiben, sondern man muss Bund und Land unter Druck setzen, damit Kommunen wie Hagen auch in Zukunft noch lebensfähig sind.

Die Linke Hagen fordert:

- Einführung eines echten Altschuldenfonds für überschuldete Kommunen wie Hagen.
- Kommunen sind immer noch die größten öffentlichen Investoren. Mit ihren Investitionen tragen sie Verantwortung für die Arbeitsplätze in der Stadt. Hagen braucht sofort eine Investitionszuschuss (z.B. aus einer Erhebung der Vermögenssteuer).

- Reform der Gewerbesteuer entsprechend den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände:
- Gesetzliche Verpflichtung von Land und Bund auf strikte Einhaltung des Grundsatzes „Wer bestellt, zahlt auch“ (Konnexitätsprinzip). Bei Anstieg der Zinsen fordert Die Linke die Umsetzung des Schuldenmoratoriums.
- Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und Entlastung der unteren Einkommen und indirekten Steuern.
- Keine weiteren Einsparungen mehr bei Bürger- und Jugendzentren, Beratungsstellen, anderen Sozialeinrichtungen sowie der Kultur.
- Keine weiteren Einsparungen beim ÖPNV, sondern dessen Ausbau und die Einführung eines 365 Euro Tickets.
- Die Linke Hagen fordert, Straßenbaubeiträge nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) abzuschaffen (auch für die Straßen die vor 2024 beschlossen wurden) und damit die Anwohner*innen zu entlasten. Zur Gegenfinanzierung muss vom Land ein Ausgleich in gleicher Höhe gezahlt werden.
- Stopp der Privatisierung öffentlichen Eigentums und kommunaler Leistungen der Daseinsvorsorge. Die Linke fordert: eine Rekommunalisierung der Städtischen Töchter.
- Stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltsgestaltung durch einen Bürgerhaushalt. Als erster Schritt kann dieses in den Bezirksvertretungen erfolgen.

Kultur ist Leben in der Stadt

Kultur für alle!

Hagen hat eine breite Kulturszene auf die wir stolz sein können. Von Kinder- und Jugendkultur über Hochkultur bis zur freien Kulturszene ist für jeden etwas dabei. Wir dürfen stolz darauf sein. Die finanzielle Not der Stadt hat immer wieder Kürzungen hervorgebracht, die nun an die Substanz gehen.

Wir fordern: Erhalt aller freien Kulturzentren, des Theaters und aller anderen Kultureinrichtungen der Stadt. Auch Kultur ist Nahrungsmittel – wir brauchen alle etwas für die Seele und den Geist. Kultur macht Spaß, und über Kultur lässt sich vieles kritisch mitteilen. Ohne Kultur verrohen wir.

Das Theater Hagen, insbesondere die junge Bühne Lutz leistet enorme soziale Arbeit. Es gibt unzählige Projekte für Schüler*innen und Migrant*innen. Oft umsonst und draußen. Vor allem werden hier Kreativität und Talente junger Menschen gefördert. Auch das Musiktheater und das Ballett arbeiten u.a. in Schulen. Das Hagener Theater nimmt sich aller aktuellen sozialen Probleme an.

Das gleiche gilt für das Theater-Cafe und den Senioretheaterclub, wo Theater für und mit Senior*innen gestaltet wird. Das Philharmonische Orchester Hagen erträgt keinerlei Personalkürzungen mehr. Das Orchester und die Chöre einschließlich der freien Chöre sind eine Bereicherung für unsere Stadt. Sie verstecken sich nicht im Orchestergraben, sondern bieten den Bürger*innen vieles auch kostenfrei und zum Mitmachen an. Gleichwohl haben sie Anspruch und Klasse.

Sie bedürfen der Unterstützung der gesamten Stadtgesellschaft, damit dieser Teil der Kultur in unserer Stadt lebendig bleibt. Bedeutend sind auch die freien Kulturzentren in unserer Stadt, von denen jedes einen anderen bildungspolitischen Schwerpunkt hat. Gerade die freien Kulturzentren sind allen zugänglich. Wenn auch hier selbstverständlich Zusammenarbeit mit dem Theater Hagen, dem Freilichtmuseum, der Bücherei, der VHS u.a. besteht, so wird von diesen doch ein anderes Publikum angesprochen – und dadurch werden viele verschiedene kulturelle Ansprüche gespeist. Zudem erhalten hier junge Künstler in verschiedenen Bereichen die Chance, sich auszuprobieren.

Für alle muss Kultur erreichbar und bezahlbar sein. Für eine demokratische Gesellschaft ist Kultur und Kunst unverzichtbar. Die Folgen der Coronapandemie ist für die Kulturbetriebe noch immer spürbar. Die Zuschauerzahlen sind noch nicht wieder auf dem Vor-Corona-Niveau angekommen. Wir müssen als Stadtgesellschaft die Arbeit der Künstler*innen mit unseren Besuchen anerkennen und unterstützen.

Wir sagen aber auch: Es muss weiter eine Unterstützung von Stadt, Land und Bund geben!

Keine weiteren Einschnitte und Kürzungen in Bereich der Kultur

Büchereien sind nicht nur Teil der Kultur, sondern auch das Bindeglied zur Bildung. Dies betrifft alle Altersstufen: Kinder und Jugendliche wie auch einen sehr großen Teil der Erwachsenenbildung. Büchereien in Hagen sind mehr als ein Ort, um Medien auszuleihen. Sie sind ein lebendiger Ort zum Treffen und Kultur zu leben. Sie bieten auch z.B. Sprachtreffs für Migrant*innen an, Vorlesenachmittage für Kinder, Eltern können hier mit ihren Kindern spielen. Nicht zuletzt ist sicher „die Bibliothek der Dinge“ für viele Bürger*innen von Nutzen.

Wir freuen uns über die vielen ehrenamtlichen Helfer*innen, ohne die die Büchereien nicht so attraktiv wären und nicht so gut funktionieren würden.

Um allen Bürger*innen, und vor allem Kindern und Senior*innen die Büchereien leichter zugänglich zu machen, fordert Die Linke Hagen, den unbedingten Erhalt der Stadtteilbüchereien sowie die Gründung von weiteren Stadtteilbüchereien. Zudem soll die Bücherei mit einem Bücherbus ausgestattet werden, der weitere Stadtteile – wie zum Beispiel das Volmetal – bedienen kann.

Außerdem fordern wir, dass die Lesekarte für Nutzer*innen mit geringem Einkommen künftig für 5,-€ /12 Monate zu bekommen ist.

Ferner ist es wünschenswert, wenn die Stadt die private Initiative der „Bücherschränke“ unterstützen würde, sodass solche auch an weiteren Plätzen im gesamten Stadtgebiet aufgestellt werden können.

Die Hagener Musikschulen sind ein unabdingbarer Teil der Hagener Kultur und bringen vielen Menschen die Musik näher. Wir sagen klar und deutlich, dass wir für den Erhalt und die Unterstützung der Musikschulen in Hagen stehen.

Die Linke

Die Linke

Unsere Brandmauer steht!
Mit euch für Hagen.